Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Verhandlungen der ... Versammlung des ... Landtags des Freistaats Oldenburg

Staat Oldenburg

Oldenburg, [O.], Landtag 1.1849 - 6.1852; 30.1905/08 - 33.1916/19; 1.1919/20 - 5.1928/30[?]

6. Sitzung, 12.12.1919

urn:nbn:de:gbv:45:1-90141

Visual Library

Stenographischer Bericht

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des I. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Sechste Sitzung.

Oldenburg, den 12. Dezember 1919, vormittags 10 Uhr.

Tagesordnung:

1. Wahl des Präsidiums.
2. Bericht des Eisenbahnausschusses zu der Eingabe des Oldenburger Gauverbandes gegen den Alkoholismus und des Oldenburger Landesvereins für Innere Mission.
3. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Anlage 11.
4. Bericht des Eisenbahnausschusses über eine Eingabe des Reichswehrgruppenkommandos II Abt. III Nr. 3814/19 und des Oberkommandos des Grenzschutz Nord Abt. III 5501/19 wegen Beibehaltung der alten Militärgerichtsbarkeit.
5. Bericht des Eisenbahnausschusses zu der Eingabe der Einwohner von Lintel, hinterm Reiherholz und Pfahlhausen, betreffend Bitte um Einrichtung einer Haltestelle am Reiherholz.
6. Bericht des Eisenbahnausschusses zu der Eingabe des Kohlenhändlers J. H. Logemann in Ganderkesee, betreffend Torflieferungen.
7. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition der Bürogehilfen Jagusch und Bumann beim Oberverwaltungsgericht um Zulassung zum Examen für die mittlere Beamtenlaufbahn.
8. Bericht des Eisenbahnausschusses zur Eingabe vom Verband oldenburgischer Torferzeuger, Sitz Oldenburg, betreffend Belieferung der Kommunalverbände mit Brenntorf.
9. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Eingabe des Wirtschaftsbundes für Handel und Gewerbe in Rüstringen vom 4. November 1919, betreffend Viehaufbringung und Verstärkung des Viehbestandes durch verstärkte Einfuhr von Futtermitteln.
10. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Eingabe des Landesausschusses zur Bekämpfung der Zwangswirtschaft vom 2. September 1919.
11. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Eingabe des Nordwestdeutschen Handwerkerbundes vom 1. Oktober 1919.
12. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Anstellung eines dritten Oberschulrats beim Evangelischen Oberschulkollegium. (Anlage 17.)
13. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Mitteilung des Staatsministeriums, betreffend Ueberweisung von Ueberschüssen der Landessparkasse. (Anlage 8.)
14. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage des Staatsministeriums vom 11. Oktober, betreffend Nachweisung der steuerlichen Belastung der Gemeinden des Landesteils Oldenburg im Jahre 1916/17 und der Gemeinden der Landesteile Lübeck und Birkenfeld im Jahre 1916. (Anlage 6.)

Landesbibliothek Oldenburg

15. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage des Staatsministeriums, betreffend Nachweisung der in den Anlagen A 1 und A 2 und B 1 und B 2, die auf das Forstbetriebsjahr 1917/18 sich erstreckenden Uebersichten über die Erträge der Staatsforsten der beiden Landesteile Lübeck und Birkenfeld. (Anlage 16.)

Erweiterung der Tagesordnung vorbehalten.

Vorsitzender: Präsident Tantzen (Stollhamm).

Am Regierungstische: Ministerpräsident Tantzen, Staatsminister Meyer und Amtshauptmann Cassebohm.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung. M. H.! Die oldenburgische Landesvertretung erlebt heute einen historischen Tag. Zum ersten Male haben wir die Ehre, eine Dame unter uns als Abgeordnete zu begrüßen. (Bravo!) Frau Brandt ist in den Landtag eingetreten. Ich heiße Frau Brandt willkommen mit dem Wunsche, daß ihr Wirken im Landtag ihr volle Befriedigung gewähren möge.

Ich bitte jetzt den Herrn Schriftführer, das Protokoll der letzten Sitzung zu verlesen. (Abg. Schömer verliest das Protokoll vom 18. November.) Sind Einwendungen gegen das Protokoll zu erheben? Es ist nicht der Fall, dann ist es genehmigt. Ich bitte jetzt den Herrn Schriftführer, die Eingänge zu verlesen. (Abg. Denis verliest die Eingänge.) Ist der Landtag mit den Zuweisungen an die Ausschüsse einverstanden? Widerspruch erfolgt nicht, der Landtag ist einverstanden. Es sind sodann die folgenden Interpellationen eingereicht, die sämtlich genügend unterstützt sind. (Präsident verliest folgende Interpellationen):

1. des Abg. Dohm wegen Anerkennung des Landesausschusses der Provinz Lübeck als Parlament und Zulassung des Arbeiterrats in der Regierung,
2. des Abg. Hug wegen Brennmaterialmangels in der Provinz Birkenfeld,
3. des Abg. König wegen Aufhebung des Normativs vom 5. April 1831,
4. des Abg. Fröhle wegen Bereitstellung von Benzol.

Zur förmlichen Vorbringung und Begründung setze ich die sämtlichen 4 Interpellationen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. Ferner ist eingegangen ein selbständiger Antrag des Herrn Abg. Schmidt (Bockhornerfeld). Er ist als dringlich bezeichnet und lautet in der jetzigen veränderten Fassung wie folgt:

> Im Anschluß an die Besprechung mit dem Regierungsvertreter im Eisenbahnausschuß wird der selbständige Antrag (dringlich) in folgender Weise geändert:
>
> Der Landtag wird ersucht, im Interesse der Oldenburger Landwirtschaft und zur Sicherstellung des Anbaues von Brotgetreide folgendes zu beschließen:
>
> 1. Die Zwangswirtschaft für Hafer und Hülsenfrüchte ist solange beizubehalten, wie für Brotgetreide und Kartoffeln;
> 2. die Regierung zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, welche dahin wirken, daß den Geestbauern möglichst viel Dünger zur Verfügung gestellt wird.
>
> Ein Austausch von Torf und Stroh gegen Dünger soll hierbei gefördert werden.
>
> 3. Festsetzung von Höchstpreisen und Erlaß eines Ausfuhrverbotes für Dünger.

Der Antrag ist als dringlich bezeichnet. Es fragt sich zunächst, ob der Landtag ihn in Betracht ziehen will. (Zuruf: Ja.) Der Landtag will den Antrag in Betracht ziehen. Es fragt sich dann weiter, ob der Antrag sofort verhandelt werden soll. Er ist als dringlich bezeichnet. (Zuruf: Ja.) Es erfolgt kein Widerspruch dagegen, daß der Antrag heute sofort verhandelt wird. Also ist der Landtag damit einverstanden. Ich möchte Ihnen dann vorschlagen, daß dieser Antrag in Verbindung mit dem Punkt 10 der Tagesordnung verhandelt wird.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein und kommen zunächst zum 1. Gegenstand:

Wahl des Präsidiums.

Ich bitte die Abgeordneten, die Stimmzettel in die Urne zu legen und zwar zunächst zur Wahl des Präsidenten. Herr Abg. Schmidt hat das Wort.

Abg. **Schmidt** (Zetel): Ich mache den Vorschlag, das alte Präsidium wiederzuwählen und zwar auf einem Zettel den Präsidenten und den ersten und zweiten Vizepräsidenten.

Präsident: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Müller.

Abg. **Müller:** Ich glaube, der Vorschlag von Herrn Abg. Schmidt ist nicht annehmbar. Wir haben nicht einen ersten und zweiten Vizepräsidenten gehabt, sondern 2 Vizepräsidenten. Ich möchte vorschlagen, daß erst der Präsident gewählt wird und dann vielleicht der erste und zweite Vizepräsident.

Präsident: Es wird also zunächst ein Stimmzettel zur Wahl des Präsidenten abzugeben sein. (Die Stimmzettel werden abgegeben.) Sind noch Stimmzettel abzugeben? Es ist nicht der Fall, die Abstimmung wird geschlossen. (Präsident zählt die Stimmzettel.) 42. (Präsident verliest die Namen.) Es sind 36 Stimmzettel für den Abg. Tantzen (Stollhamm) abgegeben, 5 unbeschrieben und einer für Herrn Abg. Hug. Der Abg. Tantzen (Stollhamm) ist damit gewählt. Ich danke Ihnen, und nehme die Wahl an. Es folgt sodann die Wahl von 2 Vizepräsidenten. Herr Abg. Müller hat vorgeschlagen, die Wahl auf einem Stimmzettel vorzunehmen. Der Landtag hat nicht widersprochen. Ich nehme an, daß der Landtag damit einverstanden ist. Also auf einem Stimmzettel. (Die Stimm-

Landesbibliothek Oldenburg

zettel werden abgegeben.) Sind noch Stimmzettel abzugeben? Wenn es nicht der Fall ist, wird die Abstimmung geschlossen. (Präsident zählt die Stimmzettel.) 42. (Präsident liest die Namen vor.) Es sind abgegeben 32 Stimmen für Herrn Abg. Behrens, 32 Stimmen für Herrn Abg. Feigel, 1 Stimmzettel für Herrn Abg. Schröder, 6 für Herrn Abg. Hug und 3 unbeschriebene. Gewählt sind: Herr Abg. Behrens und Herr Feigel. Ich frage zunächst Herrn Abg. Behrens, ob er die Wahl annimmt.

Abg. **Behrens:** Ich nehme die Wahl mit Dank an.

Präsident: Ich frage sodann Herrn Feigel, ob er die Wahl annimmt.

Abg. **Feigel:** Ich nehme die Wahl mit Dank an.

Präsident: Damit ist die Wahl des Präsidiums erledigt. Es wird sich jetzt noch darum handeln, für welche Zeit die Wahl gelten soll. Herr Abg. Hug hat das Wort.

Abg. **Hug:** Ich beantrage, für die Tagung. Unter Tagung verstehe ich, daß, wenn nach Weihnachten der Landtag wiederkommt, daß das eine Fortsetzung der Tagung ist. (Zuruf: Sitzungsperiode!)

Präsident: Herr Abg. Behrens hat das Wort.

Abg. **Behrens:** M. H.! In dem Entwurf der neuen Geschäftsordnung, der Ihnen alsbald von der gewählten Kommission vorgelegt wird, ist vorgesehen, daß die Wahl des Präsidiums erfolgt auf die Dauer einer Sitzungsperiode und daß bei jeder Beratung eines Etats, die im Herbst stattfindet, eine neue Sitzungsperiode beginnt. Solange die Geschäftsordnung noch nicht in Kraft ist, möchte ich Sie bitten, diesen Vorschlägen jetzt schon beizutreten und zu bestimmen, daß die Wahl gilt bis zum nächsten Herbst.

Präsident: Herr Abg. Hug hat das Wort.

Abg. **Hug:** Das habe ich damit gemeint.

Präsident: Es ist vorgeschlagen, daß die Wahl gelten soll für die Dauer der Sitzungsperiode, also bis Herbst 1920. Wird das Wort nicht weiter gewünscht? Es erfolgt kein Widerspruch. Dann nehme ich an, daß der Landtag mit dem Antrag Behrens einverstanden ist.

Es folgt sodann der 2. Gegenstand der Tagesordnung:

Bericht des Eisenbahnausschusses zu der Eingabe des Oldenburger Gauverbandes gegen den Alkoholismus und des Oldenburger Landesvereins für innere Mission.

Der Antrag des Ausschusses lautet:

Der Landtag wolle der Staatsregierung die vorliegenden Anträge zur Berücksichtigung empfehlen.

Ich stelle diesen Antrag zur Beratung. Herr Abg. Seidenberg hat das Wort.

Berichterstatter Abg. **Seidenberg:** Meine Damen und Herren! Ich habe im Auftrage des Eisenbahnausschusses noch einen mündlichen Bericht hierzu zu geben. Die betreffende Eingabe wurde nachträglich noch von 5 weiteren Korporationen unterstützt, und zwar durch den Kriegerheimstättenverein für das Herzogtum Oldenburg, Abklatsch Seite 125, den Landesverein für innere Mission, Abklatsch Seite 67, die Ortsgruppe Oldenburg des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins, Abklatsch 72, den Landesverband der Vaterländischen Frauenvereine in Oldenburg, Abklatsch 72, und die Vereinigten Oldenburger Frauenvereine, Abklatsch 103. Ich stelle im Auftrage des Eisenbahnausschusses den Antrag: Der Landtag wolle diese Eingaben durch die Berichte, Abklatsch Seite 31 und 67, für erledigt erklären.

Präsident: Ich bitte, das schriftlich herzugeben, Herr Abg. Seidenberg. — Geschieht. — Wird das Wort noch weiter verlangt? Es ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab, und bitte ich die Abgeordneten, die den Antrag des Ausschusses und den dazu gestellten Antrag des Herrn Abg. Seidenberg, den er als Berichterstatter soeben selbst verlesen hat, annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Die Anträge sind angenommen.

Es folgt dann der 3. Gegenstand der Tagesordnung:

Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung wegen der Staatsschuldentilgungskasse. (Anlage 11.)

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle die Anlage durch Kenntnisnahme für erledigt erklären.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag, schließe sie, da niemand das Wort wünscht. Der Herr Berichterstatter verzichtet. Wir stimmen ab, und bitte ich die Abgeordneten, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.

Der 4. Gegenstand der Tagesordnung ist ein

Bericht des Eisenbahnausschusses über eine Eingabe des Reichswehrgruppenkommandos II, Abt. III, Nr. 3814/19 und des Oberkommandos des Grenzschutz Nord, Abt. III, 5501/19, wegen Beibehaltung der alten Militärgerichtsbarkeit.

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle über beide Eingaben zur Tagesordnung übergehen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag. Das Wort wird nicht verlangt? Dann schließe ich die Beratung. Der Herr Berichterstatter verzichtet. Wir stimmen ab, und bitte ich die Abgeordneten, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.

Der 5. Gegenstand der Tagesordnung ist ein

Bericht des Eisenbahnausschusses zu der Eingabe der Einwohner von Lintel, hinterm Reiherholz und Pfahlhausen, betreffend Bitte um Einrichtung einer Haltestelle am Reiherholz.

Der Ausschuß stellt den Antrag:

Die Eingabe der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag. Herr Abg. Denker als Berichterstatter hat das Wort.

Abg. **Denker:** Meine Dame und meine Herren! Wie aus dem Bericht zu ersehen, ist der Eisenbahnausschuß zu dem Entschluß gekommen, die Eingabe zur Berücksichtigung zu überweisen. Es hat sich aber während der letzten Tage darin etwas geändert. In Berlin haben Verhandlungen betreffend die Abtretung an das Reich stattgefunden, und ist ein Sperrgesetz beschlossen, nach dem solche Veränderungen

Landesbibliothek Oldenburg

nicht mehr stattfinden dürfen. Infolgedessen kann der Eisenbahnausschuß den Antrag nicht aufrecht erhalten. Wir bitten darum, statt zur Berücksichtigung den Antrag zur Prüfung zu überweisen.

Präsident: Der Antrag ist dahin geändert, daß der Eisenbahnausschuß beantragt, die Eingabe zur Prüfung zu überweisen. Herr Staatsminister Meyer hat das Wort.

Staatsminister **Meyer:** Das Eisenbahnministerium begrüßt, daß der Eisenbahnausschuß durch seinen Berichterstatter den Antrag auf Ueberweisung zur Berücksichtigung geändert hat in Ueberweisung zur Prüfung. Es müssen aber auch sachliche Gründe gegen die Berücksichtigung vorgetragen werden, weil sich die Verhältnisse geändert haben gegenüber dem Jahre 1913, als schon einmal ein gleichlautender Antrag der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen wurde. Es werden lebhaft Klagen geführt darüber, daß die Züge nicht die fahrplanmäßigen Abfahrt- und Ankunftszeiten innehalten. (Sehr richtig!) Wenn „sehr richtig" gerufen wird, dann muß der Landtag das Bestreben der Staatsregierung unterstützen, alles zu beseitigen, was einen solchen Uebelstand herbeigeführt hat. Und dieser tatsächliche Uebelstand wird zum großen Teil herbeigeführt dadurch, daß wir reichlich viel Stationen an unseren Strecken haben. Und auf der Strecke von Bremen bis Oldenburg haben wir bereits 11 Stationen. Wenn nun gewünscht wird, daß noch eine weitere Station eingerichtet wird, so muß dies ganz naturnotwendig zur Folge haben, daß die Fahrtdauer auf dieser Strecke eine noch größere wird, als sie bis jetzt war. Aber es kommt noch etwas anderes hinzu. Je häufiger die Züge halten müssen, je schwieriger ist es für den Lokomotivführer, den Zug wieder in Bewegung zu bringen. Bei den jetzigen schlechten Kohlen, die wir leider verwenden müssen, ist es den Lokomotivführern äußerst schwierig, die bestimmten Fahrzeiten innezuhalten, aber noch schwieriger, wenn reichlich oft gehalten werden muß. Aus all diesen Gründen glaubt die Regierung, daß auch dann, wenn der Eisenbahnausschuß den Antrag auf Berücksichtigung nicht geändert hätte, sie nicht in der Lage gewesen wäre, dem Antrag entsprechen zu können. Weiter kommt hinzu, daß den Gesuchstellern sehr wenig damit geholfen wäre, wenn tatsächlich die Haltestelle dort eingerichtet werden würde. Die Feststellungen haben ergeben, daß nur 2 Ortschaften in Frage kommen, die event. einen Vorteil daraus ziehen könnten, und zwar sind es die Ortschaften Pfahlhausen und Lintel. Die Wegestrecke von Pfahlhausen nach Hude (die nächstgelegenen Stationen sind Hude und Wüsting) beträgt 3,45 km, nach Neuenkoop 3,20 km und nach dem Posten 10, wo die neue Haltestelle beabsichtigt ist, 2,80 km. Es würde also im allergünstigsten Falle nur ein Gewinn von ½ bis 1 km in Frage kommen. Dasselbe Verhältnis ist bei Lintel der Fall. Von Lintel nach Wüsting beträgt der Weg 3,95 km zu Fuß und wenn mit dem Wagen durch den Ort Wüsting gefahren wird, 4,30 km, nach dem Posten 10, wo die neue Haltestelle gewünscht wird, 2,90 km. Also auch hier im besten Fall nur ein Gewinn von ½ bis 1 km. Aus den Ortschaften Pfahlhausen und Lintel würden im Höchstfalle nur 20 Häuser in Frage kommen, die diesen geringen Vorteil haben würden. Dann ist für den Herstellungspreis, der im Ausschuß genannt worden ist, heute die Einrichtung nicht mehr zu treffen; es müssen 100% mindestens hinzugeschlagen werden, sodaß die Errichtung der Haltestelle dort mindestens 30000 ℳ kosten würde.

Aus all diesen Gründen bitte auch ich, daß der Antrag der Regierung zur weiteren Prüfung überwiesen wird.

Präsident: Das Wort wird nicht weiter verlangt? Dann schließe ich die Beratung. Der Herr Berichterstatter verzichtet. Wir stimmen ab über den Antrag, die Eingabe der Regierung zur Prüfung zu überweisen. Ich bitte die Abgeordneten, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.

Der 6. Gegenstand der Tagesordnung ist ein

Bericht des Eisenbahnausschusses zu der Eingabe des Kohlenhändlers J. H. Logemann in Ganderkesee, betreffend Torflieferungen.

Der Ausschuß beantragt:

Die Eingabe der Regierung zur Prüfung zu überweisen.

Zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Behrens das Wort.

Abg. **Behrens:** Ich möchte bitten, den Punkt 8 der Tagesordnung gleich mit zu verhandeln, weil er ein und dieselbe Sache betrifft.

Präsident: Punkt 8 der Tagesordnung ist ein

Bericht des Eisenbahnausschusses zur Eingabe vom Verband Oldenburgischer Torferzeuger, Sitz Oldenburg, betreffend Lieferung der Kommunalverbände mit Brenntorf.

Herr Abg. Behrens beantragt, diese beiden Berichte zusammen zur Verhandlung zu bringen. Widerspruch erfolgt nicht. Dann nehme ich an, daß der Landtag einverstanden ist. Zu dem Bericht des Eisenbahnausschusses zur Eingabe vom Verband Oldenburgischer Torferzeuger beantragt der Ausschuß: Die Eingabe der Regierung zur Prüfung zu überweisen. Also in beiden Fällen wird Prüfung beantragt. Ich stelle beide Anträge zur Beratung. Das Wort wird nicht verlangt? Dann schließe ich die Beratung. Der Herr Berichterstatter verzichtet. Wir stimmen ab. Wir können, glaube ich, über beide Anträge gleichzeitig abstimmen. Ich bitte die Abgeordneten, die beide Anträge annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Die Anträge sind angenommen.

Es folgt sodann der 7. Gegenstand:

Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition der Bürogehilfen Jagusch und Bumann beim Oberverwaltungsgericht um Zulassung zum Examen für die mittlere Beamtenlaufbahn.

Zunächst hat der Eisenbahnausschuß den Antrag gestellt:

Der Landtag wolle die Petition der Regierung zur Berücksichtigung überweisen.

Dazu ist ein Verbesserungsantrag vom Herrn Berichterstatter eingegangen, der lautet:

Der Landtag wolle die Eingabe der Regierung zur Prüfung überweisen.

Es steht also zur Beratung der letztere Antrag: Der Landtag wolle die Eingabe der Regierung zur Prüfung

Landesbibliothek Oldenburg

überweisen. Im Namen des Eisenbahnausschusses ist der letztere Antrag gestellt. Ich eröffne die Beratung. Das Wort wird nicht verlangt. Ich schließe die Beratung und gebe das Wort dem Herrn Berichterstatter.

Abg. **Kaper:** Als Berichterstatter dieses Gegenstandes habe ich im Namen des Eisenbahnausschusses diesen Verbesserungsantrag gestellt, weil ein Gesetz bestand, das die Regierung in Schwierigkeiten gesetzt hätte, wenn dieser Gegenstand der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen worden wäre. Der Eisenbahnausschuß stand auf dem Standpunkte, daß eine längere praktische Vorbildung erforderlich ist, daß sie aber vielleicht mit Rücksicht auf das vorgeschrittene Alter der beiden Petenten abgekürzt werden könnte. Von weiteren Formalitäten inbezug auf Einjährigenschein müsse verzichtet und den Petenten in dieser Weise Entgegenkommen gezeigt werden. Persönlich bin ich der Meinung, daß jeder, der die Fähigkeit in sich fühlt, für irgend eine Sache eine Prüfung bestehen zu können, auch dazu die nötige praktische Tätigkeit hinter sich hat, zugelassen und in der heutigen Zeit keine Schwierigkeiten bereitet werden sollte inbezug auf alte Verordnungen und Gesetze. In dieser Beziehung müssen in Zukunft noch einige Aenderungen vorgenommen werden. Ich bitte den Verbesserungsantrag anzunehmen, in der Erwartung, daß die Regierung auch bei der Verabschiedung in dieser Form den Wünschen der Petenten entgegenkommen wird.

Präsident: Das Wort wird nicht weiter verlangt? Die Beratung ist bereits geschlossen; der Herr Abgeordnete hat als Berichterstatter gesprochen. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag des Eisenbahnausschusses, die Eingabe der Regierung zur Prüfung zu überweisen, annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.

Der 9. Gegenstand der Tagesordnung ist ein

Bericht des Eisenbahnausschusses über die Eingabe des Wirtschaftsbundes für Handel und Gewerbe in Rüstringen vom 4. November 1919, betreffend Viehaufbringung und Verstärkung des Viehbestandes durch verstärkte Einfuhr von Futtermitteln.

Hierzu hat der Eisenbahnausschuß gebeten, diesen Antrag zusammen mit dem Punkt 10 und dem dringlichen Antrag des Herrn Abg. Schmidt (Bockhornerfeld) zur Beratung zu stellen. Herr Abg. Kraatz hat das Wort dazu.

Abg. **Kraatz:** Sehr verehrte Frau und meine sehr verehrten Herren! (Heiterkeit.) Es ist der erste Punkt der Tagesordnung, welcher sich mit der Zwangswirtschaft beschäftigt. Eins der schlimmsten Uebel, die uns die Not des Weltkrieges gebracht hat, ist die Zwangswirtschaft. Wir wissen alle, daß sie vorläufig noch nicht ganz zu entbehren ist.

Präsident: Herr Abg. Kraatz, Sie haben das Wort zu der Frage, ob dieser Antrag mit Punkt 10 und dem Antrag Schmidt zusammen verhandelt werden soll. Darüber hat der Landtag zunächst zu entscheiden. Ich bitte, dazu zu sprechen.

Abg. **Kraatz:** Ich bin der Meinung, daß ich etwas weiter ausholende Ausführungen machen müßte, um den Landtag davon zu überzeugen, daß diese 3 Anträge insofern im engeren Zusammenhang stehen, weil sie sich alle drei mit der Zwangswirtschaft beschäftigen.

Präsident: Bitte, weiter zu sprechen.

Abg. **Kraatz:** Darf ich in meinen Ausführungen fortfahren? (Präsident: Bitte!) Ich hatte eben gesagt, daß wir zwar alle wissen, daß die Zwangswirtschaft vorläufig noch nicht ganz zu entbehren ist, daß wir aber alle den Wunsch haben, sie in erträglichere mehr befriedigender Form auszuführen und daß wir wohl auch alle die Forderung aufstellen, die Zwangswirtschaft so schnell wie möglich abzubauen. Wie schwer aber einzelne Kreise unter den Härten der Zwangswirtschaft zu leiden haben und wie böse Folgeerscheinungen die Zwangsbewirtschaftung gerade in letzter Zeit mit sich gebracht hat, das beweist die große Anzahl der Eingaben und auch der Ton dieser Eingaben, welche dem Landtag in der letzten Zeit über die Zwangsbewirtschaftung zugegangen sind. Es sind:

1. die soeben erwähnte Eingabe des Wirtschaftsbundes für Handel und Gewerbe in Rüstringen Abklatsch S. 19,
2. die Eingabe des Landesausschusses zur Bekämpfung der Zwangswirtschaft, Abklatsch S. 43 und
3. der dringliche selbständige Antrag Schmidt (Bockhornerfeld), Abklatsch S. 68.

Außerdem ist noch eingegangen:

4. ein dringender Antrag des Gemeindebundes Bockhorn, Abklatsch 87,
5. der dringliche Antrag des Herrn Brüntjen (Bockhorn), Abklatsch 90, und
6. die Eingabe des Landwirtschaftlichen Vereins Spohle, Abklatsch S. 102.

Hiervon stehen heute die drei ersten Punkte zur Verhandlung. Die schriftlichen Berichte hierüber sind dem Landtag zugegangen. Im einzelnen befassen sie sich mit fast allen ländlichen Erzeugnissen. Sie beschäftigen sich mit Körnerbau und Hülsenfrüchten, Kartoffeln, Stroh, Torf, Dünger, Viehfuttermittel und Fleisch. Sogar der Zwangsanbau für die Marsch wird gefordert und eigenartiger Weise aus Kreisen der Landwirtschaft selbst. Nur an die Milch und an die Butter hat sich keiner herangewagt, trotzdem über die Landesfettstelle und ihre Maßnahmen so viele abfällige Urteile im allgemeinen umgehen und obgleich gerade der Landesfettstelle sehr viel Schwierigkeiten gemacht werden.

Wenn auch manche Forderungen der vorliegenden Eingaben weit über das Ziel hinausschießen und manche sogar einen agitatorischen Charakter haben (Sehr richtig!), so muß doch zugegeben werden, daß letzthin von manchen Seiten aus Fehler gemacht wurden, die sich hätten vermeiden lassen. Die immer mehr wachsende Unzufriedenheit im Lande draußen, soweit sie nicht auf niedrige Profitgier zurückzuführen ist, muß beseitigt werden. Jeder muß wieder an seine Pflicht der Allgemeinheit gegenüber erinnert werden. Es muß ein Ausgleich der widerstreitenden Gefühle, der widerstreitenden Interessen auch innerhalb der Landwirtschaft selbst gefunden werden. Der Eisenbahnausschuß meint deshalb, es sei notwendig, alle diese Sachen im Zusammenhang nochmals eingehend zu erörtern und knüpft hieran die Bitte, der Herr Prä-

Landesbibliothek Oldenburg

sident möge eine allgemeine Aussprache über die Zwangswirtschaft und über alles andere, was mit ihr in Beziehung steht, zulassen und erst dann die Abstimmung über die einzelnen Anträge des Eisenbahnausschusses herbeiführen.

Und, meine Herren, wir müssen dem Lande gegenüber beweisen, daß die Regierung und der Landtag in gleicher Weise gewillt sind, etwaige Widerstände zu überwinden und tatkräftig an der Verbesserung aller Mißstände mitzuarbeiten. Nicht durch immerwährendes Jammern und Klagen! Nicht durch sinnloses Schimpfen auf die Regierungsmaßnahmen, sondern nur durch ruhiges, zielbewußtes Zusammenarbeiten aller Gutgesinnten können wir unsere Lage für die Zukunft verbessern.

Präsident: M. H.! Der Eisenbahnausschuß hat durch Herrn Abg. Kraatz beantragt, die Punkte 9 und 10 der Tagesordnung und den dringlichen Antrag des Herrn Abg. Schmidt (Bockhornerfeld) zusammen zu verhandeln. Herr Abg. Dannemann hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. **Dannemann:** Meine Damen und Herren! Herr Abg. Kraatz hat soeben hier zum Ausdruck gebracht, daß dieser Antrag ausgegangen sei von Landwirten selbst. Also er sagt damit, die Landwirte fordern eine Zwangsbewirtschaftung für die Marsch insofern, daß dort die Ländereien umgebrochen werden sollen. Auch ich habe diesen Antrag unterstützt als Landwirt. Herr Abg. Fröhle desgleichen. Aber ich möchte doch glauben, daß Herrn Abg. Kraatz bekannt sein muß, wenn man einen Antrag unterstützt, daß man damit nicht ohne weiteres sagt: „Ich bin für den Antrag." Nein, keineswegs. Ich habe dem Antragsteller von vornherein kein Hehl daraus gemacht, daß ich gegen den Antrag bin. Er wird nur unterstützt, weil die Geschäftsordnung fordert, daß eine Unterstützung da sein muß. Ich muß bemerken, daß ich den Antrag nur deshalb unterstützt habe, damit er zur Verhandlung kommen konnte. Das habe ich Herrn Abg. Schmidt auch von vornherein gesagt. Weiter bin ich der Meinung, nachdem noch verschiedene Eingaben eingegangen sind, wie im Bericht erwähnt, daß heute nur der dringliche Antrag Schmidt zur Verhandlung komme und die Punkte 9 und 10 von der Tagesordnung abgesetzt werden. Sonst wiederholen sich die ganzen Ausführungen noch einmal. Ich möchte deshalb bitten, die Punkte 9 und 10 abzusetzen und nur den Antrag Schmidt zur Verhandlung zu stellen.

Präsident: Herr Abg. Dannemann hat zur Geschäftsordnung beantragt, die Punkte 9 und 10 von der Tagesordnung abzusetzen und nur über den Antrag Schmidt (Bockhornerfeld) zu verhandeln. Herr Abg. Kraatz hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. **Kraatz:** Meine Dame und meine Herren! Ich bitte, es bei der beantragten Form zu belassen, denn dieselben Gründe, die Herr Abg. Dannemann vorgetragen hat: „daß wir nachher nochmals dasselbe wiederholen müßten", dieselben Gründe sprechen meines Erachtens dafür, daß wir die Sache heute sofort abmachen. Und draußen im Lande, meine Dame und meine Herren, da herrscht eine Beunruhigung darüber, daß sich der Landtag scheinbar um diese wichtigen Angelegenheiten nicht bekümmere. Da müssen wir durch unsere Verhandlungen hier zum Ausdruck bringen, so schnell wie nur irgend möglich, daß wir sowohl auf Seiten der Abgeordneten als auch auf Seiten der Regierung im Landtag eifrig bemüht sind, die bestehenden Mißstände abzustellen. Wir müssen bekannt geben, daß die Regierung schon vorgearbeitet hat, für das zukünftige Erntejahr. Und alles dies muß so schnell wie möglich aus dem Hause in das Land hinaustönen aus den Gründen, welche ich eben schon kurz angedeutet habe. Darum bitte ich, alle diese drei Anträge, überhaupt alles, was mit der Zwangswirtschaft zusammenhängt, heute sofort zu verhandeln.

Präsident: Zur Geschäftsordnung Herr Abg. Müller.

Abg. **Müller:** Ich möchte darauf hinweisen, daß im Ausschuß die Ansicht vorherrscht, daß durch die Besprechung und Berichterstattung über die jetzt zur Beratung stehenden Punkte die übrig bleibenden Eingaben ohne weiteres als erledigt anzusehen seien. Das hat der Herr Berichterstatter vielleicht vergessen zu erwähnen. Die Meinung des Ausschusses ging dahin, daß man erklären wollte, durch die heutige Besprechung und durch die Berichte über die Anträge Schmidt (Bockhornerfeld) sind die übrigen Anträge erledigt.

Präsident: Ein derartiger Antrag würde dann zu stellen sein. Das Wort wird nicht weiter verlangt zur Geschäftsordnung? Dann bitte ich diejenigen Abgeordneten, die dafür sind — der Antrag ist zunächst gestellt —, daß die Punkte 9 und 10 und der selbständige Antrag des Herrn Abg. Schmidt (Bockhorn) zusammen zur Verhandlung gebracht werden, sich zu erheben. — Geschieht. — Das ist die Mehrheit. Ich stelle also die drei Anträge zur Beratung, und zwar zunächst zum Punkt 9 der Tagesordnung:

Bericht des Eisenbahnausschusses über die Eingabe des Wirtschaftsbundes für Handel und Gewerbe in Rüstringen vom 4. November 1919, betreffend Viehaufbringung und Verstärkung des Viehbestandes durch verstärkte Einfuhr von Futtermitteln.

Der Antrag des Ausschusses lautet:

> Der Landtag wolle die vorgenannte Eingabe der Regierung als Material überweisen.

Der Antrag des Ausschusses zum

Bericht des Eisenbahnausschusses über die Eingabe des Landesausschusses zur Bekämpfung der Zwangswirtschaft vom 2. September 1919,

lautet:

> Der Landtag wolle über die Eingabe des Landesausschusses zur Bekämpfung der Zwangswirtschaft zur Tagesordnung übergehen.

Und dann hat der Eisenbahnausschuß, der bereits den

dringlichen Antrag des Herrn Abg. Schmidt (Bockhornerfeld),

der ihm zugewiesen war, beraten hat, hierzu den Antrag gestellt:

> Der Landtag wolle den Antrag Schmidt (Bockhornerfeld) in seiner neuen Fassung annehmen unter

Landesbibliothek Oldenburg

Berücksichtigung der in diesem Bericht zum Ausdruck gebrachten Grundsätze.

Ich eröffne die Beratung über diese drei Anträge und gebe das Wort Herrn Abg. Schmidt (Bockhornerfeld).

Abg. **Schmidt:** Der dringliche Antrag, der von meiner Seite gestellt ist, bezweckt weiter nichts als die Sicherstellung des Anbaus von Brotgetreide herbeizuführen. Es ist Ihnen allen bekannt, daß die heutige Form der Zwangsbewirtschaftung von einem übergroßen Teil der Landwirtschaft als einseitige Mißwirtschaft aufgefaßt wird und der Wunsch geht dahin, Zwangsmaßnahmen zu beseitigen. Ganz besonders in unserem Oldenburger Lande haben sich Verhältnisse entwickelt, welche es einem Teil der Landwirtschaft geradezu zur Unmöglichkeit macht, die landwirtschaftliche Produktion aufrecht zu erhalten. Daß dies nicht im Interesse der Allgemeinheit liegt, ist selbstverständlich. Und es ist zu begrüßen, daß dieser Teil der Landwirtschaft, welcher von diesen Maßnahmen betroffen wurde, sich zusammengefunden hat und teils durch Eingaben an Regierung und Landtag ihre Mißstimmung zum Ausdruck gebracht hat und ebenfalls auch Vorschläge zur Sicherstellung der Produktion für das nächste Jahr gemacht hat. Es liegt eine große Reihe von Eingaben seitens landwirtschaftlicher Vereine vor, die sich in derselben Richtung bewegen. Von Herrn Abg. Kraatz wurde schon auf den Ton dieser Eingaben hingewiesen. Um den Ton dieser Eingaben etwas besser zu verstehen, möchte ich mitteilen, daß ein größerer landwirtschaftlicher Verein sich über den vorgeschriebenen Weg durch das Amt an die Regierung gewandt hat mit einem Antrag. Dieser Antrag befaßt sich mit den schlechten Verhältnissen auf der Geest und schlug vor, eine Wirtschaftsform, die ähnlich der vorgeschlagenen Landbelieferung sein sollte, einzuführen. Auf diese Eingabe wurde vom Ministerium, gezeichnet von Tantzen, eine Antwort erteilt, die diesem Teil der Geestbauern sehr auf die Nerven gefallen ist. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß diese Form eine Unsinnigkeit sei. Und wenn der Ton in der Landwirtschaft etwas schärfer geworden ist, als der Regierung und dem Landtag vielleicht angenehm ist, so ist es zum großen Teil auf diese Antwort zurückzuführen. Dies möchte ich von vornherein feststellen.

Zu den Verhältnissen selbst möchte ich mich kurz fassen. In dem Berichte des Eisenbahnausschusses ist größtenteils zum Ausdruck gebracht, wo den Geestbauern der Schuh drückt und diesem kann man sich nur anschließen. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß die heutige Preisverschiedenheit bei den landwirtschaftlichen Produkten mit Naturnotwendigkeit dahin führen muß, daß der Anbau von Roggen und Kartoffeln größtenteils unterbleibt, denn in dem Moment, wo der Landwirt mit Verlust arbeiten muß, hört die Produktion auf. Wir müssen dafür sorgen, daß den Landwirten auf der Geest die Wirtschaftsmöglichkeit gegeben wird und auch die Lust zur Arbeit. Der Antrag ist mit gutem Grund als dringlich bezeichnet. Und ich möchte Sie bitten, heute einen Beschluß zu fassen, der das Ziel erreicht. Und das wird geschehen, wenn wir dem Antrag des Ausschusses nachkommen. Um einige Zahlen zu nennen, möchte ich darauf hinweisen, daß z. B. dadurch, daß man einseitig die Zwangsbewirtschaftung für Hafer und Hülsenfrüchte aufgehoben hat, sich Preise entwickelt haben, für Hafer 125 ℳ, Feldbohnen 200 ℳ und noch darüber, während auf der anderen Seite der Roggen für 20,50 ℳ und die Kartoffeln für 7,25 ℳ abgeliefert werden müssen. Die Landwirte auf der Geest, die auf den Anbau von Roggen und Kartoffeln angewiesen sind, müssen auf der einen Seite um ihren Viehstapel aufrecht zu erhalten, Produkte zukaufen und auch Geräte, die heute tatsächlich nur zu unerschwinglichen Preisen zu haben sind. So kostet ein Zentner Stroh 19 ℳ. Man könnte ruhig annehmen, daß der Bauer dazu übergehen wird, nicht Stroh zu verfüttern, sondern Roggen. Auf der andern Seite wurde auch vergessen, daß durch die unglaubliche Höhersetzung des Eisenpreises gerade die Produkte, welche in der Landwirtschaft gebraucht werden, z. B. Ackerwagen, Pflüge, Eggen ungeheuer teuer sind. Heute kostet z. B. ein Ackerwagen zu beschlagen die Kleinigkeit von 1600 ℳ. Alle diese Preise sind nicht geeignet, den Landwirten den Mut zu heben, sondern es ist ihm alles egal, denn er kann doch nicht existieren. Diese trübsinnige Stimmung muß beseitigt werden. Und ich glaube, daß der Vorschlag des Eisenbahnausschusses, der dahin geht, die Landlieferung einzuführen und die Zwangswirtschaft allmählich abzubauen, der richtige Weg ist. Tun wir das nicht, dann müssen wir es uns selbst zuschreiben, wenn die Arbeitslust auf der Geest vollständig in die Brüche geht, und die Landwirtschaft sich dazu hergibt, Maßnahmen zu ergreifen, welche dem Gesetzgeber unangenehm sein müssen. Man wird zur Selbsthilfe schreiten, wenn Landtag und Regierung seinen gerechten Forderungen nicht nachkommen werden.

Präsident: Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident **Tantzen:** Meine Dame, meine Herren! Es ist, solange ich die Verhandlungen im Landtag als Abgeordneter gekannt habe, von jeher Brauch gewesen, sachlich nur über diejenigen Punkte zu verhandeln, für die zu verhandeln der Oldenburgische Landtag zuständig ist. Auf große politische Gebiete sich zu begeben, ist äußerst selten vorgekommen. Wenn ich heute gezwungen bin, das zu tun, so tue ich es nicht deshalb, um von dem alten Brauch im allgemeinen abzuweichen, sondern weil ich es zur Begründung meiner Auffassung über die ganzen Dinge und um das Ziel, das ich Ihnen zeigen möchte, richtig zeigen zu können, wenn ich auf großpolitische Geschehnisse in Deutschland kurz hinweise. Das deutsche Volk liegt am Boden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind nach wie vor verzweifelt. Die Ernährung ist in weiten Kreisen der Bevölkerung ebenso wie die Versorgung mit anderen notwendigen Gebrauchsartikeln ungenügend. Es fehlen der Industrie die Rohstoffe. Die Verkehrsmittel, auf die wir früher stolz waren, fangen an zu versagen. Es hat noch kein Mittel gegeben, sie so wieder in Takt zu bringen, wie wir das wohl alle wünschen. (Zuruf: Arbeit!) Dazu kommt das Elend der Valuta, die Absperrung Deutschlands von der ganzen Welt und dann nicht als Geringstes die Vernichtungspolitik des Feindbundes, die noch immer kein Ende gefunden hat. Aber das ist noch nicht alles. Der jammervolle Zustand im Innern, das gegenseitige Zerfleischen, das Nichtverstehen-Wollen, das

Landesbibliothek Oldenburg

Niederreißen von der äußersten Linken und von der äußersten Rechten, das ist es, was die große Gefahr uns zeigt, die vor uns liegt. Wir taumeln am Abgrund hin, und in diesem Abgrund heult uns der Bürgerkrieg entgegen. Es sind diejenigen auf der äußersten Linken und auf der äußersten Rechten, die diese Politik treiben, die heute aus allen Zeitungen uns entgegenspricht, die von der linken Seite mit aller Deutlichkeit aus Leipzig uns entgegenschallt. In einem Gegensatz dazu stehen die Ausführungen des Herrn Vorredners, der sich dem Namen nach ja auch zu der Partei bekennt, in einem hocherfreulichen Gegensatz. Und ich hoffe, daß er und seine Freunde von Leipzig und dem Willen dort weit abrücken werden. Auf der einen Seite ist es das Bestreben einer Minderheit auf der Linken, zur Herrschaft zu gelangen, zur Herrschaft mit allen ihnen geeignet erscheinenden Mitteln. Sie verlassen den Boden der Demokratie und wollen eine Diktatur errichten. Wir wissen, daß in Deutschland infolge des Krieges und all der anderen wirtschaftlichen Not Millionen von Menschen krank an Seele, Geist und Körper einhergehen. Nur auf diesem Boden kann das wachsen, was wir heute sehen in dieser schroffen Form in Leipzig, in noch schrofferer Form vielleicht von einer noch weiter links stehenden Gruppe, aber was wir auch sehen auf der äußersten Rechten. Ich will Ihnen das schildern. Wie ist es psychologisch zu erklären? Die Herren, die früher regierten, regieren nicht mehr. Und diese Leute können natürlich garnicht verstehen, daß ein neues Deutschland, eine neue Welt ohne sie überhaupt vorwärts gebracht werden kann. Deshalb sind sie mit allen Mitteln bestrebt, alles, was die Regierung tut, und alles, was zum Aufbau beitragen könnte, zu sabotieren. (Sehr richtig!) Aber was ist die Gefahr? Da sind einzelne Drahtzieher, die sagen: „Diese Welt taugt nichts, die alte Welt muß wieder erschaffen werden. Wir müssen die Welt nach unseren Ideen formen. Wenn wir das nicht können, dann ist die Welt für uns unerträglich, dann mag sie gehen über unsere völlige Zugrunderichtung hinaus." Diese von der Rechten sagen nicht, wie die in Leipzig, daß sie eine Minderheitsregierung aufrichten wollen. Aber sie handeln danach. (Sehr gut!) Denn die peitschen und hetzen Kreise der Bevölkerung in einer Weise auf, die garnicht weiß, was sie tut, daß sie diesen Leuten folgen. Das, was wir so in dieser gesamten Politik in kleinem Ausschnitt auch in Oldenburg sehen, ist in hohem Maße unerfreulich. Denn wenn die Extremen auf der Rechten zu den Bauern sagen: „Du Bauer bist doch immer der Dumme jetzt unter dieser Zwangswirtschaft. Laß dir das nicht mehr gefallen. Tu dies und tu das, aber bekümmere dich nicht um das, was die Regierung etwa verlangt!" wenn auch noch nicht mit der Deutlichkeit aber mit der Wirkung bei den Bauen, dann wissen sie, wenn der Bauer streikt, daß das nichts anderes im Gefolge hat, als Bürgerkrieg. Das steht absolut sicher fest. Aber es gibt Leute auf der Rechten, die den Bürgerkrieg wollen und nur auf diesem Trümmerhaufen ihre Macht wieder errichten können, genau wie auf der äußersten Linken der Bürgerkrieg direkt gefordert wird. Wer den nicht will, sondern glaubt, daß wir hindurchkommen durch die Dunkelheit der nächsten Zeit ohne die Schrecknisse, der muß nicht die extremen Gefühle und Auffassungen aufpeitschen, sondern der muß die Interessen auszugleichen suchen, die gegensätzlich zwischen Erzeugern und Verbrauchern vor uns stehen. Ich sehe eben, daß Herr Abg. Hollmann sich zum Wort meldete, als ich sagte, daß auf der äußersten Rechten Leute seien, die für sich den Bürgerkrieg wünschten. Das sind nicht die hier. Weit entfernt, daß ich etwa im Landtag oder im Lande irgend jemand in Oldenburg bezichtigen wollte. Das sind nur die gezogenen. Die große Linie wird hergestellt in den Köpfen — sagen wir ruhig einmal den Ausdruck — der depossedierten preußischen Junker. Ebenso wie, wenn ich den Herrn Abgeordneten Schmidt sprechen höre, ich weiß Gott nicht finde, daß das auch nur ein Atom von Aehnlichkeit hat mit dem, was in Leipzig geredet wird. Das Material liegt vor mir. Dort wird geschimpft und geschrieen: „Keine Demokratie, Diktatur der Minderheit! Wenn wir erst die ganze bürgerliche Gesellschaft niedergeknallt haben, dann wollen wir die Demokratie des Bolschewismus wieder einführen, die nur demjenigen das Mitbestimmungsrecht gibt, der von vornherein erklärt, daß er die einzig richtige bolschewistische Anschauung hat." Es unterscheiden sich nur die Depossedierten da hinten von denen in Leipzig dadurch, daß der eine offen sagt, was er will, der andere nur die Mittel anwendet, aber nicht sagt, was er will. Beide treiben zum Bürgerkrieg, und beides ist gleich verwerflich. Es müssen nicht die Extreme aufgepeitscht werden, sondern die Verbindung muß gesucht werden. Wenn ich irgend etwas als meine Aufgabe betrachten kann, wenn irgend etwas die Aufgabe der heutigen Regierung sein kann, so ist es die, auszugleichen zwischen den Extremen und alle, die Vernunft und Einsicht haben, zusammenzufassen zu gemeinschaftlicher Aufbauarbeit. (Sehr richtig!) Was zeigt sich nun hier im Lande als Zeichen dieser großpolitischen Erscheinung draußen? Auf der einen Seite sehen Sie die Verbraucher sich zusammentun. Man nennt das Demonstration. Hier erscheinen 1000 Menschen. Nachher steht dann in der Zeitung 4000 oder 6000. Das macht etwas mehr Eindruck. In Nordenham erscheinen Menschen gemeinschaftlich. Ich will mich kurz darüber auslassen. Nicht kann und will ich entscheiden, ob die Ursachen zu diesen Demonstrationen im wesentlichen in der Nahrungsmittelnot bestehen, oder ob politische Ursachen doch eine Hauptrolle dabei spielen. Das wird in dem einen oder anderen Falle verschieden sein. Jedenfalls sind beide Ursachen vorhanden, denn wenn die wirtschaftliche Not nicht da wäre, wäre es nicht möglich, zu politischen Zwecken diese Bewegungen zu entfalten. Was erreicht man damit? Da glaube ich, dürften nicht viele Abgeordnete im Hause sein, die glauben, daß man mit derartigen Demonstrationen etwas Positives erreicht, dann namentlich nicht, wenn man Vertrauen zur Regierung hat. Wenn man allerdings glaubt, daß die Regierung nur mit diesen Mitteln gezwungen werden kann, nachzudenken, dann muß man Demonstrationen machen. Das lehnen wir ab. Wir brauchen keine Demonstration, um uns unserer Verantwortung bewußt zu sein und alles zu tun, was getan werden kann. Wenn aber das Volk in der Weise aufgerufen wird, so muß weiter verlangt werden, daß die Verhandlungen in einer Weise geführt werden, daß sie überhaupt noch einen praktischen Sinn und Wert behalten. Da sind ja diese kleinen Nebenerscheinungen

Landesbibliothek Oldenburg

in Oldenburg vorgekommen, über die ich hinweggehe, die nicht von großer Bedeutung sind. Im allgemeinen hat sich die Sache so abgespielt, wie sie sich abspielen mußte. Eine Regierung, die genau weiß, was sie will und für richtig hält, versucht selbstverständlich, jeden zu überzeugen und vernünftig mit einander zu reden, wie es sich jedem Menschen gegenüber gebührt. Dieser Zwischenfall, daß jugendliche Lausbuben versuchen, einzudringen, denen man mit Vernunft nicht beikommen kann, denen die Erziehung fehlt, diese Lausbuben von 16—20 Jahren müssen erst noch lernen, was Staat und Ordnung ist. Ich kann jedem nur raten, solche Jungen nur mal erst ordentlich ins Gebet zu nehmen, daß sie lernen, was Staatsbürgerpflichten sind.

Nicht ganz so wie in Oldenburg spielte sich die Sache in Nordenham ab. In Nordenham sind, wie mir alte Gewerkschaftsführer sagen, Drahtzieher von außen gekommen. Was außen heißt, weiß ich nicht. Nicht aus Rußland, aber außerhalb Nordenham, wo eben so kleine Unterzentralen der Hetzagitation sitzen. Die haben sich mitbeteiligt, haben die Leute aufgerufen gegen den Willen der Gewerkschaften, sind hingezogen vor das Amt. Die Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie haben nach dem Bericht der „Republik", der ausgezeichnet ist — der hätte abgedruckt werden müssen in sämtlichen oldenburgischen Zeitungen, denn kein besserer Bericht über die Nutzlosigkeit ist bisher irgendwo gedruckt worden — sie haben die Verhandlungen hingezogen über $1^1/_2$ Stunden, nur um die Demonstration noch mit zu erwarten. Sonst wäre die Sache schon erledigt gewesen. Als die Demonstranten kamen, sind sie — weil der Vertreter der Behörde geglaubt hat, in der bisherigen Weise, wo alles in Ordnung abgegangen ist, auch jetzt nicht etwa sich äußeren Schutz holen zu brauchen — aber da hat er geirrt. Die Masse dringt ein, und dieser Pöbel, diese Grünschnabel haben sich in einer unerhört flegelhaften Weise dort benommen. Ich bin an Ort und Stelle gegangen und habe gesagt, was der Vertreter des Staates, der Amtshauptmann zu tun hat. Es ist unmöglich, daß verhandelt werden kann, wenn mit Gewalt in das Verhandlungslokal Dutzende von Burschen und Mädchen strömen, dann der Amtshauptmann mit den anderen auf den Tisch gestellt wird und dann Frage und Antwort gespielt wird in einer pöbelhaften Weise. Drohungen werden ausgesprochen: „An den Laternenpfahl!" usw. Selbstverständlich werden dagegen Maßnahmen getroffen. Und niemand wird im Hause sein, der es mir verdenken wird, wenn ich sofort Strafantrag wegen Landfriedensbruchs, Bedrohung und Hausfriedensbruchs gegen diese Gesellen gestellt habe. (Sehr richtig!) Alle Behörden werden angewiesen, in der schärfsten Weise gegen solche Störung der Ordnung vorzugehen.

Wenn so die Demonstrationen von mir geschildert sind, und das, was die Regierung dagegen tun wird und wie sie sich demgegenüber verhalten wird, so ist auf der rechten Seite eine Bewegung im Gange, im Lande überall geschürt, gefördert, die ich für ebenso bedenklich halte. Denn darüber müssen wir uns klar sein, daß rechts und links in Wechselwirkung stehen. Je schärfer die Rechte ist, je schärfer ist die Linke. Nur derjenige, der aus engem Parteiinteresse glaubt, seiner Partei Dienste tun zu können, wenn er mit allen Mitteln jede Maßnahme der Regierung sabotiert, nur der kann für recht halten, was auf diesen beiden extremen Flügeln heute geschieht. Wie sieht es nun auf der Rechten aus im Lande? Wir haben gehört, daß Herr Abg. Schmidt (Bockhornerfeld) das Wort „unsinnig" beanstandet hat. Ich habe angeordnet, daß die Akten herübergeholt werden, und Ihnen wird vom Herrn Regierungsvertreter vorgeführt werden, was für eine Unsinnigkeit es war. Ich bin für Wahrheit. Das kriegen die auf der Rechten und Linken zu hören. Wenn Herr Schmidt die Herren von der Rechten in Schutz nimmt in dieser Beziehung, so wiederhole ich, daß sehr vieles, was in den Forderungen des Landbundes und eines Bundes, den ich noch gleich besprechen werde, liegt, geradezu unsinnig ist. Um nur ein Beispiel vorzuführen: Vor einigen Tagen hat im Amt Vechta in Langförden, einem Ort mit besserem Boden, eine Versammlung des S. O. Landbundes stattgefunden. In dieser Versammlung wurde nach den nötigen aufwiegelnden Reden gegen die Regierung — nicht gegen diese hier, die hier jetzt steht, sondern im allgemeinen gegen die Maßnahmen des Reiches — große Unzufriedenheit unter das Landvolk gebracht. Herr Meyer (Holte) hat diese Versammlung auf diese Richtung eingestellt und der Regierung auch mit einem Ultimatum gedroht: „Wenn ihr die Roggenablieferungspflicht nicht herabsetzt, hören wir auf zu liefern." Aber daß die Herren, wenn solche Forderung durchgesetzt würde, sich ins eigene Fleisch schneiden, begreifen sie garnicht. So ist tatsächlich große Unkenntnis vorhanden. Und man erreicht tatsächlich, daß ein großes Durcheinander und ein Kampf aller gegen alle entsteht. Hier wird z. B. gefordert: „Wir wollen sofortige Aufhebung der Sperre gegen die Ausfuhr von Zuchtvieh. Wir wollen nicht mehr, daß wir eine Bescheinigung beim Viehverwertungsverband holen müssen, wenn wir Vieh ausführen wollen." Wissen die Herren denn nicht, daß wir die Sperre haben, um unser Zuchtvieh angerechnet zu bekommen? Wissen die Herren denn nicht, daß wenn wir die Ausfuhrscheine vom Viehverwertungsverband aufheben, die ganze Ausfuhr von Zuchtvieh uns nicht angerechnet würde? Wissen die Herren denn nicht, daß wir für Zuchtvieh mehr Geld bekommen als für Schlachtvieh? Das ist eine Art und Weise, die auf solcher Unkenntnis beruht. (Zuruf: Keine Unkenntnis, Absicht!) Dann ist es noch schlimmer. Ich könnte das Bild vervollständigen. Dabei will ich nicht unterlassen, zu betonen, daß bei diesen ökonomischen Dingen tatsächlich Parteien verwischt sind. In erster Linie will ich doch auch hervorheben, daß einer, der sich als Führer bezeichnet unter dem Landvolk, Herr Kaper aus Butjadingen, einen Artikel in der Butjadinger Zeitung schreibt. Der sagt: Er ist angekommen aus Zetel, hat sich dort niedergelassen, hat auch als Sozialdemokrat dort agitiert und hat dann eine kleine Landstelle gemietet und kommt zu dem Ergebnis: „Die Milchpreise sind um das 8 bis 15fache zu erhöhen gegenüber dem Friedensstand. Wenn wir Bauern nur 8 Stunden arbeiten, dann würde es den Städtern ganz erbärmlich schlecht gehen, sie würden alle verhungern." Mag in dieser Aeußerung etwas von dem liegen, was auch jeder begreifen muß, der in der Stadt wohnt: Der Bauer arbeitet und hat gearbeitet und bekümmert sich nicht um die 8stündige Arbeitszeit. Aber in der Stadt wird ja vielfach nicht nur 8 Stunden gearbeitet, sondern

Landesbibliothek Oldenburg

8 Stunden herumgestanden in manchen Betrieben, besonders in den Staatsbetrieben. Dabei will ich nicht speziell erinnern an die Eisenbahnwerkstätten, sondern an Reichsbetriebe. Ueber die Arbeitszeit, wie wir durchkommen, will ich mich nicht auslassen. Aber der Sozialdemokrat schreibt: Da kann natürlich auf diese Art keine Milch geliefert werden. Wie das jetzt ist, so ist ein großes Durcheinander ohne Rücksicht auf die Partei auf diesem Gebiete.

Das Tollste aber, meine Herren, was an Aufwiegelung und Aufreizung denkbar ist in der Wirkung — ich kann das nicht unterlassen, zum Ausdruck zu bringen —, das ist die Politik, die anscheinend der Oldenburger Landbesitzerbund vertreten will. Ich habe erst kürzlich von ihm gehört, daß Landbesitzervereine gegründet werden, die ihre Bodenbesitzinteressen wahren wollen. Sie haben ihre erste Nummer herausgegeben und waren so liebenswürdig, sie mir zuzuschicken. Jedenfalls flog mir gestern die erste Nummer auf den Tisch, geeignet zur Besprechung heute. So etwas wirkt so aufreizend. Und wenn ich selbst Bodenbesitzer und Landwirt bin und selbst erhöhte Vorteile aus solcher Politik ziehen könnte, so widerspricht es doch so meinem Rechts- und Gerechtigkeitsgefühl, daß ich mich gezwungen halte, dies Programm zu kritisieren und öffentlich zu warnen vor dieser Organisation. Hier steht unter anderem, daß selbstverständlich der Oldenburger Landbesitzerverein die Kultivierung, die innere Kolonisation will. Aber er will Oedland nur unter so einschränkenden Bedingungen überhaupt hergeben, daß von der ganzen inneren Kolonisation garnichts wird. Hier stehen die zwei großen Begriffe — auch in der Beziehung Offenheit und Klarheit, damit Sie sehen, wer hier vor Ihnen steht — die Heiligkeit des Eigentumsbegriffes aus der Zeit vor dem Kriege steht jetzt gegenüber dem Begriff der sozialen Notwendigkeit. Soll man sich auf den alten „Heiligkeit des Eigentums"-Begriff festlegen, oder soll man der sozialen Notwendigkeit größeren Raum geben? Und da bekenne ich mich offen zu der sozialen Notwendigkeit. Selbstverständlich wird gefordert die Aufhebung der Grund- und Gebäudesteuer. Meine Herren! Ich meine, wenn wirklich noch jemand so naiv ist zu glauben, nachdem die Reichssteuerpolitik die Renten, Kapitalien so heranzieht, nachdem das Reich alle Steuerquellen erschöpft, daß wir ohne eine Vervielfachung der Grund- und Gebäudesteuer überhaupt auskommen können, den bedaure ich. Das kann sich nicht handeln um eine Verdreifachung, sondern Vervielfachung, das steht fest. Dann steht hier: Der Oldenburger Landbesitzerverein fordert, daß bei der Schätzung zur Vermögenssteuer und Einkommensteuer der Friedenspreis anzusetzen ist. Meine Herren! Solche Forderungen darf man nicht stellen in der Oeffentlichkeit. Denn das weiß jeder: Der Landwirt fordert Erhöhung der Preise der Produkte. Wir wollen sie ihm zugestehen, soweit sie notwendig ist. Aber auf der andern Seite gleich zu fordern, wir wollen eingeschätzt werden nach Friedenswerten, das geht in diesem Sinne unmöglich. Daß dann noch hinzugefügt wird, daß die Viehpreise für die Steuereinschätzung nur nach dem Friedenswert eingesetzt werden soll, illustriert nur die Vollkommenheit dieser Art von Politik. Dann wird natürlich auch auf das politische Gebiet sich begeben und gesagt: Die Beseitigung des Grund- und Hausbesitzervorrechts bei der Zusammensetzung der Gemeindevertretung darf nur erfolgen, wenn die Grund- und Hausbesitzer nicht mit besonderen Steuern belegt werden. Wenn jemand noch glaubt, daß die Gemeinden aus vollen Töpfen schöpfen können, der irrt sich. Die kriegen löffelweise zugeteilt, was nach der Einschätzung für das Reich und den Staat noch übrig geblieben ist. Dann über die Zwangswirtschaft werden Forderungen aufgestellt, die sich direkt widersprechen: einmal sofortigen Abbau der Zwangswirtschaft aber dann sofortige Einführung der Düngerbewirtschaftung und sofortige Erfassung aller künstlichen Düngemittel. Also Unsinnigkeiten von Forderungen, die direkt aufreizend wirken müssen. Und da kann ich nur sagen, daß auch solche Forderungen nicht dazu beitragen können, um das zu suchen, was wir suchen müssen, alle miteinander: den Wiederaufbau und den Ausgleich. (Sehr richtig!)

Auf die Einzelheiten der Forderungen hier in den Eingaben gehe ich nicht ein. Der Herr Regierungsvertreter wird, wenn es nötig ist, dazu Stellung nehmen. Ich will aber eins nicht unerwähnt lassen, ein erfreuliches Zeichen: Neben alle den Bestrebungen, die gegensätzlich sind, hat sich vorgestern eine Bestrebung gezeigt, die erfreulich ist. Zweihundert Butjadinger Landwirte sind in Stollhamm, in dem Mittelpunkt Butjadingens zusammengekommen mit Arbeitervertretern und haben beschlossen, daß in Butjadingen die Landwirtschaft auf die Selbstversorgung mit Brot verzichten will zu Gunsten der Industriearbeiter und daß die Butjadinger Landwirte eine erhebliche Menge Hafer und Feldbohnen zur Verfügung stellen, sodaß bis nächsten Sommer die Ernährung gesichert ist. (Bravo!) Das ist ein Zusammenarbeiten, was Nachahmung verdient. Der Beschluß ist einstimmig gefaßt worden. Sonst aber zeigt sich tatsächlich nur Verständnislosigkeit.

Wenn wir uns nun fragen: Was ist denn an diesem großen Durcheinander schuld, so ist die letzte Ursache der Dinge nicht in politischen Umwälzungen zu sehen, sondern in dem Mangel an notwendigen Gebrauchsgegenständen. Aus dem Kriege heraus ist dieser Mangel schon übernommen worden. Die Zwangswirtschaft, die an Stelle der freien Wirtschaft, an Stelle von Angebot und Nachfrage treten mußte, um den Armen überhaupt noch etwas zuzuführen, hat bewirkt, daß nicht nur einzelne Menschen, sondern Millionen von einzelnen Menschen sich vor sich selbst schämen müssen, sondern daß auch die Behörden mehr und mehr anfangen, in den Tiefstand der Demoralisation hineinzugelangen. Da erinnere ich an die größte Verkehrsbehörde, die Eisenbahn. Da muß ein eiserner Besen kommen, um dort Ordnung zu schaffen. (Sehr richtig!) Und ich richte hier das Mahnwort an diejenigen, die innerhalb der Eisenbahn mitzuwirken haben, wenn da aus der eigenen Erkenntnis, aus dem Willen, nicht die Ordnung kommt, nicht das kommt, was nötig ist, auch die Mehrleistung, dann gehen wir mit diesem sozialisierten Verkehrsbetriebe ganz sicher den Weg, den jeder sozialisierte Betrieb gehen muß, wenn er in sich zerfällt, nämlich der brutale Kapitalismus kommt an die Stelle. Das heißt: Verkauf der Eisenbahn. Und dann kommt der Kapitalismus und säubert und fegt. Und das will niemand. Wir wollen den Staatsbetrieb. Wir können mit Worten und mit einzelnen Taten hier Leute

Landesbibliothek Oldenburg

herausgreifen, die unehrlich oder faul sind. Damit können wir den Betrieb nicht in Ordnung bringen, sondern daß in die Organisation der Geist fährt, der notwendig ist und daß die selbst sich säubern von den Elementen, die nicht hineingehören. Wenn das geschieht, dann hoffe ich, mag der Zusammenbruch, der sonst den Eisenbahnen blüht, noch vermindert werden. Aber klar muß man sich sein, daß man aus einem Schiffbruch des Sozialismus zum allerbrutalsten Kapitalismus kommt. Die Zwangswirtschaft, sagte ich, hat aber auch bei anderen Behörden, bei Verwaltungsbehörden, zur Demoralisation geführt. Jeder einzelne Mensch ist nicht frei von Gesetzesübertretungen, und von dem alten Begriff „Das Gesetz gilt so lange, wie es in Kraft ist" sind wir leider Gottes weitab gekommen. Das allergefährlichste im Volk ist die Demoralisation, die auf alles übergreift. Da glaube ich, daß zunächst einmal bei allen Behörden ausgekehrt werden muß. Ich überlege mir noch, ob ich als Weihnachtsgruß den oldenburgischen Behörden nicht auf den Tisch lege eine Verfügung, wonach in jedem Fall auch bei der Nahrungsmittelversorgung sich an die gesetzlichen Bestimmungen zu halten ist. Geschieht das nicht, so wird auf das strengste vorgegangen werden. Denn an einer Stelle muß man anfangen, Ordnung zu schaffen. Wenn es aber dann noch vorkommt, wie ein Gemeindevorsteher erzählt, der von Verbrauchern besucht wird, von Verbrauchern, die — will ich mal sagen — ziemlich radikaler Stimmung waren und sagen zu ihm: „Weshalb machst du nicht bekannt, wieviel Pfund und Gramm hier jede Woche verteilt werden? Das scheint uns eine Günstlingswirtschaft zu sein," antwortet, „nein, ich tue das deshalb nicht, weil ich hinten herum mir noch etwas verschafft habe und ich mehr ausgeben kann, als ich darf." „Ah", sagen die Unzufriedenen „du bist ein tüchtiger Mann. Selbstverständlich bleibt es dabei." Das ist eine Demoralisation, die nicht mehr übertroffen werden kann. Hier muß eingesetzt werden, die Behörden sind dazu da, zu beginnen. Mag es dem einzelnen Gemeindevorsteher auch etwas schwer fallen, in seiner Gemeinde Ordnung zu schaffen. Aber ich glaube doch, daß der Sinn für Recht und Gerechtigkeit bald soweit wieder ist, daß man probieren kann, auch wenn es mal etwas knapp ist, durchzukommen, ohne sich hinten herum etwas zu verschaffen. Darüber sind wir einig: Wir müssen los aus der Zwangswirtschaft, es geht nicht auf die Dauer. Deshalb sind auch unsinnig solche Forderungen, die sagen: wir wollen alle Preise ausgleichen. Das ist der sozialistische Staat, den wir nicht einführen können. Das ist nicht Abminderung der Zwangswirtschaft, sondern Aufbau, alles unter Zwang. Das fordern die Herren von Bockhorn. Da möchte ich mal die Regierung kennen lernen, die das könnte, wenn sie wollte. Also heraus aus der Zwangswirtschaft, das wollen alle. Aber das sofortige Niedereißen ist unmöglich. Wir müssen sehen, wie auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung planmäßig vorgegangen werden kann, und einen Plan will jeder sehen. Die Planlosigkeit, die vielfach geübt worden ist, ist ein Grund der Unruhe und Unzufriedenheit mit. So ist ja nicht zu verkennen, daß, wenn die halbe Kartoffellieferung beendigt ist, von der Reichskartoffelstelle kommt, 2 *M* Aufschlag für diejenigen, die jetzt noch liefern, so ist das eine Unsinnigkeit. (Sehr richtig!) Wir haben auch stets im Reichsrat, im Reichsministerium und allen Reichsstellen durchaus unsere eigene Auffassung vertreten. Diese Auffassung ist nicht von heute auf morgen entstanden, sondern wir haben schon seit Monaten das, was im wesentlichen ich hier niedergelegt habe, als den Wirtschaftsplan der oldenburgischen Regierung vertreten. Es war falsch, Hafer und Hülsenfrüchte aus der Zwangswirtschaft zu entlassen. Sie müssen wieder hinein. Sämtliche Getreide und Hülsenfrüchte müssen für das nächste Wirtschaftsjahr unter Zwangswirtschaft gestellt werden. Eins machen Sie sich klar: Jeder im Lande muß mit Wirtschaftsjahren rechnen. An dem jetzigen Wirtschaftsplan kann man keine Aenderungen vornehmen. Der Plan, mag er falsch sein oder uns unrichtig erscheinen, der heute gilt, den können wir nicht niederreißen. Das, was wir sagen und wollen, beginnt beim nächsten Wirtschaftsjahr. Ich sage, alles muß unter Zwangswirtschaft aber nach der Form der Landlieferung. Es wird der Prozentsatz festgesetzt, der abgeliefert werden muß von jeder Getreideart. Dabei kann ein Wechsel eintreten. Einer kann mehr Roggen abliefern, der andere mehr Hafer. Nur die Pfundzahl kann ausgeglichen werden innerhalb aller Getreidearten. Der Rest bleibt frei. Mit dem kann der Landwirt die Tierzucht wieder hochbringen. Die Folgewirkung dieser Maßnahme der Landlieferung von Getreide, Hülsenfrüchten — und ebenso muß es bei den Kartoffeln gemacht werden — ist, daß wir aus der Zwangsbewirtschaftung des Fleisches herauskommen können. Denn der Landwirt wird einen Teil des ihm frei verbleibenden Getreides behalten für den Aufbau seiner Viehwirtschaft. Einen andern Teil wird er auf den freien Markt bringen. Aber er muß den Willen, die Absicht und die Ehrlichkeit besitzen, den Teil, den er in Uebereinstimmung von Verbrauchern und Erzeugern abliefern soll, seine 50 bis 70% — das stellt sich heraus, wenn wir die Ernte übersehen können — daß er den auch abliefert. Und die Landlieferung heißt, die Umlegung erfolgt nach der Fläche und der Bodenart möglichst sachverständig und gerecht.

Die Bewirtschaftung von Milch und Fett kann nicht abgebaut werden. Die Staatsregierung steht auf dem Standpunkte, daß es unverantwortlich wäre, wenn wir die Befreiung der Milch und des Fettes aus der Zwangswirtschaft vertreten würden. Es würde Not und Tod für Hunderttausende von Kindern und stillenden Müttern in den Städten bedeuten. Die ineinandergreifende Organisation der Milchversorgung kann man nicht teilweise abbauen. Wir müssen damit rechnen, daß wir ohne die Zwangswirtschaft der Milch und des Fettes auch für das nächste Wirtschaftsjahr nicht auskommen können. Die Bewirtschaftung des Fleisches liegt anders. Ich bin der Meinung, daß hier ein etwas optimistischerer Standpunkt gerechtfertigt ist. Die Viehzahl ist gewachsen. Die Schweinezucht fängt an, sich zu erhöhen. Die Kleintierzucht ist stärker als je. Ist es dem Landwirt möglich, etwas von den Rohstoffen mehr zu behalten als bisher, so wird ein Aufbau in verhältnismäßig kurzer Zeit möglich sein. Veranlaßt bin ich aber zu dieser Stellungnahme, weil tatsächlich die Fleischbewirtschaftung — nicht in Oldenburg, aber in den meisten Teilen Preußens und Süddeutschlands —

Landesbibliothek Oldenburg

völlig zusammengebrochen ist. Die meisten großen Städte bekommen nur 20—25% der ihnen zustehenden Menge auf diesem Wege geliefert. Das andere besorgen sie sich sonst. Aber weil dies so liegt, glaubt die Staatsregierung, daß die Vieh- und Fleischbewirtschaftung mit Herbst 1920 aufhören muß. Ebenso liegt es mit dem Zucker. Der Zucker verschwindet. Er wird verschwinden, wenn die Zwangswirtschaft mit den heutigen Preisen beibehalten wird. Denn trotzdem wir kein direktes Interesse haben in Oldenburg, weil wir keinen Zucker bauen, glaube ich nicht, daß man ohne Freigabe der ganzen Zuckerbewirtschaftung auskommt. Es sind die Meinungen darüber geteilt. Wir brauchen uns auf diesen Punkt nicht besonders festzulegen. In Berlin sind Bestrebungen im Gange, die Zuckerbewirtschaftung für ein Jahr bestehen zu lassen, aber die Form der Bewirtschaftung anders zu gestalten. Auf diesen Punkt lege ich keinen entscheidenden Wert. Alle anderen Bodenprodukte müssen frei bleiben oder frei werden. Es bleiben also mit Beginn des nächsten Wirtschaftsjahres bestehen: Brotgetreide, Nährmittel, Kartoffeln, Milch und Fett. Alles andere ist frei. Ich bin der Meinung, daß die Preise für diese Produkte steigen müssen, der Preis für Roggen und Weizen im besonderen ist nicht mehr angemessen, ebenso der für Kartoffeln. Es wird der Preis für Bohnen, Hülsenfrüchte und Hafer auch nicht so unerhört hoch werden. Alles muß gleichmäßig sein. Aber der Roggen- und Weizenpreis von 450 ℳ reicht heute nicht mehr aus. Man muß mit der Tatsache rechnen, ihn zu erhöhen. Demgegenüber betone ich aber mit aller Deutlichkeit, daß die Erzeugerkreise, die diese Forderung stellen, wenn sie von mir und von den Regierungen unterstützt werden, auch die Pflicht haben, zu erkennen, daß, wo die Erzeuger schon alles haben, was sie brauchen, daß sie sich dadurch besser stehen. Der reine Konsument muß alles kaufen, ist also immer viel ungünstiger gestellt, als der Erzeuger. Das liegt selbstverständlich in der Natur der Dinge, aber das soll der Erzeuger auch anerkennen, während bei weiterer Entwertung des Geldes auch ein weiteres Steigen der Löhne erforderlich ist. Ob es möglich ist, daß man den Preis für notwendige Lebensmittel in ein automatisches Verhältnis zu den Löhnen stellen kann, weiß ich nicht, aber daß das in Erörterung gestellt wird, ist gut, denn bei der Valuta ist ja eine solche Forderung von denjenigen, die rein auf den Kauf angewiesen sind, etwas selbstverständliches. Ich glaube auch, daß, wenn man mit Vorurteilslosigkeit an die Sache herangeht und wenn der Arbeitswille überall da ist, nicht die Lohnfrage zu den Kämpfen zu führen braucht, wie es leider in den letzten Monaten vielfach aus politischen Gründen und unberechtigt geschehen ist.

Wenn wir diese Forderungen aufstellen, meine Dame, meine Herren, so bin ich mir bewußt, daß es Forderungen sind, die sich auf einer Mittellinie bewegen, die aber imstande sind, den Erzeugern die notwendige Bewegungsfreiheit zu verschaffen, die den Verbrauchern das Notwendige, was sie zum Leben nötig haben, nicht zu den Weltmarktpreisen, sondern zu wesentlich niedrigeren Preisen zuführen, die aber zum dritten imstande sind, der Demoralisation Herr zu werden: denn dann ist ein Stück Freiheit wieder da, und um jedes Pfund, was sich jetzt hinten herum verschafft wird, braucht nicht eine innere Unehrlichkeit empfunden zu werden, und die jahrelange Empfindung korrumpiert eben. (Sehr richtig!) Deshalb ist nach jeder Richtung hin notwendig, solche Mittellinie zu finden. Ich habe sie zu zeichnen versucht. Ich habe auch versucht, sie zu umgeben mit den politischen Gründen. Denn im letzten Ende ist doch das wahr: Wenn niemand hier im Hause das will, was ich als Schreckgespenst des tiefsten Abgrundes, in den ein Volk geraten kann, den Bürgerkrieg, hingestellt habe, so muß naturnotwendig das Gegeneinanderwirken der Extreme dazu führen, daß die gesunde Vernunft und Einsicht der breiten Mitte zerdrückt wird und daß dann irgend einer und jeder von uns sich entscheiden muß, wohin er will. Wir sind nur, wenn wir zusammenstehen in der Ueberwindung all der Schwierigkeiten, nur dann sind wir imstande, diese beiden Gewalten von rechts und links zu überwinden. Wir müssen nicht neue Trümmer schaffen, sondern alte Trümmer wegräumen. Nur dann kann es uns gelingen, die Zukunft des deutschen Volkes wieder glücklicher zu gestalten. (Bravo!)

Präsident: Herr Abg. Dannemann hat das Wort.

Abg. **Dannemann:** Meine Dame und meine Herren! Wenn der Herr Ministerpräsident ernstlich den Willen hat, Ruhe und Ordnung wieder herbeizuführen im Lande, dann wäre es besser gewesen, den ersten Teil dieser hochpolitischen Rede zu unterlassen. Ich bin der Meinung, schärfere Angriffe gegen gewisse Kreise konnten nicht gemacht werden, schwerer sind sie in diesem Hause nicht gemacht worden. Ich gehöre weder der äußersten Rechten noch der Linken an und habe infolgedessen keine Veranlassung, auf die allgemeinen Ausführungen einzugehen. Nur das eine möchte ich hervorheben: Der Herr Ministerpräsident sagte, daß von der äußersten Rechten zu den Bauern gesagt werde: „Du Bauer bist doch immer der Dumme, laß dir das nicht gefallen!“ Nein, Herr Ministerpräsident, das ist nicht die äußerste Rechte, daran sind alle Parteien ohne Unterschied beteiligt. Nicht nur die Rechte ist es, sondern auch Angehörige der Linken, der der Herr Ministerpräsident angehört sind es, die diese Aufforderung losgelassen haben. Wer hat denn die Protestversammlungen im Lande abgehalten, in Hude, in Wardenburg? Waren das vielleicht die Herren der Rechten? Nein, meine Herren, das war nicht die Rechte, sondern das waren die Kleinbauern, zum großen Teil auch Anhänger der Deutschdemokratischen Partei. Ich weiß, daß die größeren Bauern sich nicht beteiligt haben. Aber die Erbitterung war durchaus berechtigt. Was haben denn diese Leute an Futtermitteln? Können die Kühe überhaupt noch Milch geben? Die Bauern wissen nicht, was sie füttern sollen. Der Kohl ist erfroren. Sie haben überhaupt nichts mehr zu füttern, und es ist bedauerlich, daß es soweit gekommen ist, daß die Kühe beschlagnahmt wurden. Ich bestreite, daß die Landesfettstelle das Recht hatte, die Kühe zu beschlagnahmen. Besser wäre es gewesen, man hätte diejenigen Leute, bei denen der Nachweis erbracht wurde, daß sie nicht das nötige Quantum Milch abgeliefert hatten, eine gehörige Strafe auferlegt. Jetzt sagen sich die Leute: gedroht wird mit Beschlagnahme, ausgeführt wird sie doch nicht. Also die Gesetze brauchen wir nicht zu befolgen.

Landesbibliothek Oldenburg

Gefreut habe ich mich über das Verhalten des Herrn Ministerpräsidenten neulich bei der Demonstration und auch heute, wo er sagte, daß diese 16jährigen Lausbuben zunächst mal mehr arbeiten und erst dann sich um andere Dinge kümmern sollten. Dann zu den Ausführungen über die Eingabe des südoldenburger Landbundes. Wir haben also einen sog. Oldenburger Landbund und einen Südoldenburger Landbund. Ich muß insoweit die Ansicht des Herrn Ministerpräsidenten teilen: Auch ich bin der Meinung, daß es durchaus zweckmäßig ist, die Ausfuhr von Zuchtvieh zu verbieten, also zu sperren. Das liegt im Interesse unserer Zucht. Aber wenn Herr Abg. Heitmann zu den Ausführungen über Herrn Meyer (Holte) durch den Zwischenruf sagt: „Das ist nicht aus Unkenntnis geschehen, sondern darin liegt Absicht", so bedaure ich, daß Herr Heitmann eine derartige Zwischenbemerkung, ohne daß er näher unterrichtet ist, hier macht.

Der Herr Ministerpräsident ist auf das wirtschaftspolitische Programm des Landbesitzervereins eingegangen. Er hat kritisiert, daß der Landbesitzerverein fordere, daß das Oedland nicht ohne eine Festsetzung einer Kultivierungsfrist hergegeben werden soll. Jedenfalls, glaube ich, hat der Landbesitzerverein ein gutes Recht zu verlangen, daß dem Besitzer eine gewisse Frist gesetzt wird, um sein Land selbst kultivieren oder seine eigenen Kinder ansiedeln zu können. Das hat der Landbesitzerverein gefordert und weiter garnichts. Der oldenburgische Staat selbst sagt in seiner Begründung zum Reichssiedelungsgesetz: „Der Staat kann zum Friedenspreise kein Land hergeben." Die Eingabe ist von dem Herrn Ministerpräsidenten selbst unterzeichnet. Lesen Sie auf Seite 20 selbst nach, da steht es. Ich möchte Sie fragen, wie reimt sich das zusammen? Der Staat will es nicht machen, aber der Landbesitzer soll zu diesem Preise hergeben. Die Aufhebung der Grund- und Gebäudesteuer meint der Landbesitzerverein selbstverständlich in der Form, daß ein Unterschied zwischen verschuldetem und unverschuldetem Grundbesitz gemacht werden soll. Weiter weiß ich ganz genau, daß in Zukunft der Grund und Boden ganz erhebliche Lasten wird tragen müssen. Dann zur Vermögenssteuer die Friedenspreise. Das ist dasselbe, was wir im vorigen Jahre im Landtag beschlossen haben. Es soll nur gesagt werden: Wegen der großen Vermögensabgabe soll nicht ein Vermögenszuwachs künstlich geschaffen werden durch Höhersetzung der einzelnen Werte, also ein Vermögenszuwachs, der nur scheinbar ist. Da wäre doch die Folge gewesen, daß im Oldenburger Lande die Landbesitzer einen gewaltigen Vermögenszuwachs gehabt hätten, und davon hätte ein großer Teil abgegeben werden müssen an das Reich. Das hat der Landtag ausdrücklich anerkannt. Dann zu der Forderung, daß die Viehpreise zum Friedenswert angesetzt werden sollen. Da hätte der Herr Ministerpräsident nachfügen müssen, daß der Landbesitzerverein fordert, daß höchstens der Schlachtviehwert zugrunde gelegt werden darf, da ein erheblicher Teil zu Schlachtviehpreisen abgeliefert werden muß. Das ist doch ganz etwas anderes. Und war das nicht berechtigt, wenn man einmal auferlegt: „Du sollst Zuchtvieh zum Schlachtviehpreise hergeben", daß man dann auch die Einschätzung nach diesen Werten fordert? Ich weiß nicht, wie der Herr Ministerpräsident dazu kommt, sich in dieser Art zu äußern. Dann seine Ausführungen: „Die Zwangswirtschaft abzubauen fordert der Landbesitzerverein und dann Zwangsbewirtschaftung für Kunstdünger." Auch da muß man doch unterscheiden. Einmal handelt es sich nur um die Forderung, die Zwangswirtschaft abzubauen, nicht von heute auf morgen, sie bleibt also bestehen. Deshalb hat der Landbesitzerverein wohl das Recht, zu fordern: Sofortige Beschlagnahme des Kunstdüngers, weil doch die Zwangswirtschaft weiter besteht und weil doch der größte Teil des Kunstdüngers im Schleichhandel ist.

Wenn 200 Landwirte in Stollhamm sich bereit erklärt haben, Brotgetreide abzuliefern, so ist das ja sehr erfreulich.

Dann sagte der Herr Ministerpräsident, er wolle sich überlegen, zu Weihnachten den Behörden eine Verfügung auf den Tisch zu bringen, daß sie verpflichtet sein sollen, sich bei der Nahrungsmittelversorgung an die bestehenden Bestimmungen zu halten. Es ist mir heute morgen ein Brief im Hause übergeben worden, in dem hingewiesen wird auf die Schiebungen, die in der Stadt Rüstringen vorgekommen sind. Ich will nicht im einzelnen darauf eingehen, obgleich ich es gern möchte. Aber, meine Damen und Herren, wenn derartiges in der Oeffentlichkeit bekannt wird, was hier in diesem Schreiben gesagt wird, dann hätten wir vielleicht den Bürgerkrieg. Und ich möchte die Regierung bitten, nicht nur die kleinen Diebe, sondern auch die großen zu fassen. Wenn Behörden dazu übergehen, dann ist es Pflicht der Regierung, da energisch zuzugreifen.

Nun zu dem Antrag Schmidt. So, wie der Antrag zuerst lautete, kann ich ihn unter keinen Umständen annehmen und auch den jetzigen verbesserten Antrag nicht. Ich habe vorhin schon gesagt, aus welchem Grund ich den Antrag unterstützt habe. Ich bin der Meinung, wer dafür ist, daß die Zwangswirtschaft abgebaut werden soll, kann nicht fordern, daß noch in anderer Weise eine Zwangswirtschaft wieder eingeführt werden soll. Den Bauern in der Marsch zwingen, daß er sein Land umbrechen soll, ist ein Unding. Das Weideland hat doch eine große Bedeutung für die Viehzucht. Ich bin der Meinung, der Bauer weiß am besten, wie er seine Ländereien bewirtschaften muß. Einem derartigen Zwange kann ich unter keinen Umständen zustimmen. Daß der Marschbauer sich besser steht als der Geestbauer, das wissen wir alle. Aber es ist doch nicht recht, wenn man sagt: „Der Geestbauer ist mißgestimmt darüber, daß es dem Marschbauern besser geht." Nein, der Geestbauer ist mißgestimmt, weil er so schlecht behandelt wird. Wir haben keine Veranlassung, deshalb den andern zu bekämpfen. Der Geestbauer wird hart getroffen. Aber es ist doch verfehlt, darum zu fordern, daß der Berufskollege in der Marsch auch leiden soll. Es wird in dem Bericht darauf hingewiesen, daß der Antrag Schmidt abgeändert wird dahin, daß man bei der Regierung beantragen will die Einführung der sogenannten Landlieferung. So heißt es in dem Bericht. Aber in dem abgeänderten Antrag sehe ich davon garnichts. Da will man die Zwangswirtschaft wieder einführen für Hafer und Hülsenfrüchte, während der erste Antrag Schmidt nur lautete: Ein Ausfuhrverbot soll erlassen werden. Für Letzteres könnte ich mich erklären. Auch wenn im Bericht gesagt wird, daß es vielleicht jetzt

Landesbibliothek Oldenburg

an der Zeit sei, zu erklären, daß die Bewirtschaftung mit Roggen im nächsten Jahre eine andere sein soll und infolgedessen mehr Roggen angebaut würde, so stimmt das nicht. Darüber sind wir hinaus, Roggen anzubauen, dazu ist es viel zu spät. Das würde gehen, wenn wir offenes Wetter hätten. Roggen wird man nicht mehr bauen. Insofern wird dieser Antrag gar keine Wirkung mehr haben. Wir haben ja dasselbe im vorigen Jahre beschlossen, denjenigen Teil freizugeben, der darüber hinausgeht, was der Betrieb bisher produziert hat. Aber Folgen hat es nicht gehabt. Das Vertrauen ist eben nicht mehr da. Die Landbevölkerung, namentlich die Geestbevölkerung ist so schwer getroffen durch derartige Maßnahmen, daß es wohl verständlich ist, wenn sie jetzt sagt: wir wollen nicht mehr. Ich bedaure das außerordentlich, daß es dahin kommt. Der Herr Ministerpräsident hat davor gewarnt, daß die Landwirtschaft in einen Streik treten will. Gewundert habe ich mich, daß zu diesen Ausführungen von der äußersten Linken ein „Sehr richtig!" erscholl. Sie haben gar kein Recht, zu sagen, daß die Bauern kein Recht haben zu streiken. Bei der Verfassung waren Sie diejenigen, die sagten: „Das Koalitionsrecht schließt zugleich das Recht zu streiken in sich." Das haben Sie gesagt. Wir haben einen andern Standpunkt eingenommen. Ich bin der Auffassung, ein Recht zum Streiken gibt es nicht. Sie sollten sagen, wenn Sie einmal diesen Standpunkt vertreten: „Wenn wir für unsere Arbeiter das Recht beanspruchen, dann soll man auch anderen Kreisen es geben," obgleich ich der Meinung bin, daß man es nicht soweit kommen lassen soll. (Abg. Hug: Bauer, das ist ganz was anderes!) Das ist ganz was anderes, weil er eben der Bauer ist. Das ist Ihr Standpunkt, das weiß ich schon lange. Was Sie für den Arbeiter verlangen, das wollen Sie dem Bauern nicht zukommen lassen. Daher die Mißstimmung.

Ich bitte Sie deshalb, meine Damen und Herren, lehnen Sie auch diesen Antrag in der jetzigen Form ab. Der Antrag 2 hat wenig Bedeutung: „Die Regierung zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, welche dahin wirken, daß den Geestbauern möglichst viel Dünger zur Verfügung gestellt wird." Das ist sehr erwünscht; aber wie diese Maßnahme getroffen werden soll, ist mir nicht bekannt. Dann soll ein Austausch von Torf und Stroh gegen Dünger gefördert werden. Ob das durchzuführen ist, weiß ich nicht. Ich werde gegen den Punkt 1 dieses Antrages stimmen. Wenn der Antrag nicht getrennt wird, muß ich überhaupt gegen den ganzen Antrag stimmen.

Präsident: Herr Abg. Stukenberg.

Abg. **Stukenberg:** Meine Damen und Herren! Ich hatte nicht die Absicht, zu der Rede des Herrn Ministers zu sprechen. Ich will aber doch nicht unterlassen zu sagen, daß ich vollinhaltlich der Tendenz der Rede zustimme.

Ich wollte sprechen zu der Eingabe des Rüstringer Wirtschaftsbundes. Es sind unerhörte Behauptungen aufgestellt, die der Stadtvertretung Rüstringens zur Last gelegt werden. Ich will die Stadtvertretung nicht besser machen als sie ist. Aber es ist doch nicht richtig, daß aus der Zentralschlachterei jährlich 800000 *M* herausgewirtschaftet worden sind, sondern Tatsache ist, daß, solange die Zentralschlachterei überhaupt besteht, 800000 *M* Ueberschüsse herausgewirtschaftet sind. Man muß aber dabei bedenken, daß die Zentralschlachterei im Zusammenhang mit dem gesamten Kriegsversorgungsamte steht und das geschäftliche Gebahren desselben nicht so beurteilt werden kann, wie das einer normalen Schlachterei. Es kommen immer wieder Verluste vor, und die Stadt war gezwungen, mehr Geld anzulegen, als der Privathändler hätte anwenden können. Im übrigen sind auch wir der Meinung, daß sobald als möglich die Privatschlachterei wieder zu ihrem Recht kommen muß. Aber augenblicklich ist ein Abbau nicht möglich. Es wird ferner gesagt, diese Gelder seien verwendet worden für Grundstücksspekulationen. Es ist doch heute kein Geheimnis mehr, daß die Grundstücksankäufe, die die Stadt Rüstringen früher auf den dringenden Rat der Regierung unternommen hat, heute sich als überaus rentabel erweisen. Man kann nicht von wilden Grundstücksspekulationen sprechen. Zum andern sind die Aeußerungen ohne jeden Beweis. Es heißt ferner, daß in der Stadtratssitzung davon die Rede gewesen sei, man müsse aus den Betrieben Rüstringens möglichst viel herauswirtschaften für die Finanzen der Stadt. Ich bin selbst in der Stadtratsversammlung zugegen gewesen, ich habe aber davon nichts gehört. Und wäre das Wort so klar zum Ausdruck gekommen, so würde ganz gewiß ein berechtigter Widerspruch erfolgt sein.

Präsident: Abg. Schmidt (Zetel) hat das Wort.

Abg. **Schmidt:** Ich habe das Wort genommen, um Stellung zu nehmen zu dem Wirtschaftsplan der Staatsregierung, der durch den Herrn Ministerpräsidenten hier eben vorgetragen ist. Schon vor 3 Jahren, im Jahre 1916 im November, habe ich Aehnliches beantragt. Ich habe gesagt: Dem Landwirt muß ein Teil seiner Produktion zur freien Verfügung bleiben, ein Teil, gemessen insonderheit nach der Kopfzahl der Familie und der Zahl des Viehs. Ich glaube, wenn der Herr Ernährungsminister in Berlin damals auf diesen Antrag eingegangen wäre, so stände es heute besser um unsere wirtschaftlichen Verhältnisse. (Sehr richtig!) Ich habe den Antrag damals gestellt, weil ich fürchtete, daß die Zwangswirtschaft uns ruinieren würde. Und meine Befürchtungen sind zur Wahrheit geworden. Die Zwangswirtschaft hat erreicht, daß die Produktion ständig zurückgegangen ist. Es wird nicht lange mehr dauern, so wird die Produktion zu schanden geritten sein. Sie wird totparagraphiert und zu grunde organisiert. Ich bin entschiedener Gegner der Zwangswirtschaft. Sie muß sobald wie möglich beseitigt werden und verschwinden mit ihren Kindern, den Kriegs- und Planwirtschaften und mit ihren Auswüchsen, dem Wucher- und Schiebertum. Aber, meine Herren, ich sehe vollkommen ein, daß wir heute nicht Knall und Fall die Zwangswirtschaft restlos aufheben dürfen. Die Benachteiligung der konsumierenden Kreise des Volkes würde zu groß sein. Und es könnte ohne innere Erschütterungen nicht abgehen. Aber abgebaut muß werden, und damit muß entschieden der Anfang gemacht werden. Meine Herren, ich könnte Ihnen vieles erzählen über die Wirkungen der Zwangswirtschaft, wie sie schadet, besonders da, wo der Produzent gezwungen ist, unter Selbstkostenpreis herzustellen; das ist auf dem Gebiete der landwirt-

Landesbibliothek Oldenburg

schaftlichen Produktion manchmal der Fall, denn wenn der Landwirt den Roggen für 20,50 ℳ und die Kartoffeln für reichlich 7 ℳ verkaufen muß, so reicht der Preis lange nicht an die Selbstkosten. Es hat mich gefreut, daß der Herr Ministerpräsident in seinem Wirtschaftsplan fordert, daß eine entsprechende Preiserhöhung unbedingt hier stattfinden muß, damit der Produzent auf seine Selbstkosten kommt und mehr gebaut wird. Meine Herren, die Zwangswirtschaft muß weg. Ich wiederhole: nicht Knall und Fall, sie muß abgebaut werden in der Weise, wie der Herr Ministerpräsident vorgeschlagen hat. Es muß aber auch, solange noch eine Zwangswirtschaft besteht, dafür gesorgt werden, daß die Bestimmungen der Reichs- und Landesverfügungen befolgt werden. Denn sonst hat die ganze Sache keinen Zweck, sondern führt nur zu Gesetzesverachtung und Uebertretung. Darum muß der Landtag sich hinter die Regierung stellen und fest und allen Ernstes fordern: energisches Vorgehen gegen Wucher und Schiebertum und, wie ich schon sagte, dafür eintreten, daß den Bestimmungen, solange wir noch Zwangswirtschaft haben, Folge geleistet wird. Was wir in den letzten Zeiten gesehen haben — auch hier im Oldenburger Lande — an heimlichem und offenem Widerstand, darf nicht geduldet werden (Ministerpräsident Tantzen: Sehr richtig!) im Interesse der Ruhe und Ordnung und im Interesse des Bestehens des Staates. Ich nehme an, daß diejenigen, die hinter solcher Aufreizung stehen, nicht die fürchterliche Lage erkennen, in der Deutschland sich befindet. Sie sind sich der Tragweite ihrer Handlung wohl nicht bewußt, sonst könnten die Leute nicht so handeln und notwendige, lebensmittelproduzierende Gewerbe zu offnem und heimlichem Widerstand auffordern. Es ist ein Spiel mit dem Feuer. Die Leute bedenken nicht, in welches Unglück sie den Staat und die Allgemeinheit hineintreiben. Die Regierung hat die Pflicht — und in dieser Pflicht muß sie unterstützt werden — sie hat die Pflicht mit aller Schärfe vorzugehen im Interesse der Ruhe und Ordnung, im Interesse der Zukunft des Staates. (Sehr richtig!) Ich werde mir erlauben, einen Antrag dem Herrn Präsidenten zu überreichen, und bitte um Annahme desselben. (Der Antrag wird überreicht.)

Präsident: Es ist der folgende Verbesserungsantrag, genügend unterstützt, von Herrn Abg. Lohse eingereicht worden:

> Zu dem selbständigen Antrag des Abg. Schmidt (Bockhornerfeld) stelle ich folgenden Verbesserungsantrag:
>
> Ziff. 1 des Antrags in folgender Fassung anzunehmen: Der Landtag wolle die Regierung ersuchen, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß an die Stelle des gefährlichen Systems der Zwangsbewirtschaftung landwirtschaftlicher Produkte das System der sog. Landlieferung gesetzt wird, und zwar gleichmäßig sowohl für Hafer und Hülsenfrüchte wie für Brotgetreide und Kartoffeln.

Sodann hat Herr Abg. Schmidt den folgenden Verbesserungsantrag als Zusatzantrag zum dringlichen Antrag Schmidt (Bockhornerfeld) gestellt:

> Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen:
>
> 1. entsprechend der Erklärung des Ministerpräsidenten und unter Zustimmung zu dem Wirtschaftsplan der Staatsregierung beim Reichsministerium, im Reichsrat und bei allen mitwirkenden Reichsbehörden dafür eintreten, daß an diesem Plan sich eng anschließende Bestimmungen für die Bewirtschaftung von Bodenerzeugnissen für das Wirtschaftsjahr 1920/21 schleunigst aufgestellt und bekannt gegeben werden;
> 2. die reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen über Lieferpflicht, Preisbildung und Versorgungsregelung mit allem Nachdruck zur Durchführung zu bringen;
> 3. mit allen gesetzlichen Mitteln auf das schärfste gegen alle Personen vorzugehen, welche Wucher und unerlaubten Handel mit solchen Nahrungsmitteln und Verbrauchsgegenständen betreiben, die der Bewirtschaftung unterliegen und im freien Handel nicht angeboten werden dürfen.

Der Antrag ist genügend unterstützt. Ich stelle beide Anträge mit zur Beratung. Das Wort hat Herr Abg. Hollmann.

Abg. **Hollmann:** Als ich mich vorhin zum Wort meldete, geschah es, um uns gegen die scharfen Angriffe des Herrn Ministerpräsidenten gegen die Rechte zu wehren. Es könnte nach außen den Eindruck erwecken, als wenn er auch uns damit gemeint hätte. Wenn das der Fall gewesen sein sollte, dann muß ich aufs entschiedenste widersprechen. Ich weiß mich frei davon. Denn ich wiederhole entgegen der Ansicht vieler Kollegen: Ich sehe ein, die Zwangswirtschaft können wir bei Brotgetreide, Milch und Kartoffeln noch nicht entbehren, aber sie muß in anderer Form gemacht werden, als sie jetzt gemacht ist. Denn die Verärgerung ist derart groß, und ich kann mich auf die Ausführungen des Herrn Dannemann beziehen. Ich will aber noch eins hinzufügen. Die Verärgerung ist in manchen Teilen zu erklären. Herr Dannemann ging auch darauf ein wegen der Landesfettstelle, daß nicht genug Milch geliefert worden sei. Wie ist das Milchquantum zurückgegangen? Nicht durch die Schuld der Bauern, sondern durch Witterungseinflüsse. Sonst war Seradella die beste Milchweide. Seradella ist in diesem Jahre nicht aufgelaufen infolge der Dürre. Also eine Seradellaweide gab es nicht. Als dann der November eintrat, bekamen wir die eine Nacht so schweren Frost, daß der Dickstrunkkohl vollständig vernichtet wurde. Das war die Hoffnung, die wir für den Winter hatten. Was sollen wir jetzt den Kühen geben, wo jedes Kraftfutter fehlt? Daß dann die Kühe lange trocken stehen, ist klar. Aber auch auf anderen Gebieten ist große Mißstimmung vorhanden, z. B. betr. der Kartoffeln. Es ging eine Erleichterung durch die Kartoffeln erzeugenden Landwirte, als seitens der Reichsregierung bekannt wurde, daß dem Produzenten 20% der Erzeugung belassen werden sollte. „Endlich", hieß es, „kommen sie zu vernünftigen Vorschlägen". Nachdem die Landwirte sich darauf eingerichtet

Landesbibliothek Oldenburg

hatten, die kleinen, beschädigten, zum Teil angefaulten, zu verfüttern für die Schweine — und diese Verfütterung nimmt man gleich nach der Einerntung vor —, darauf kam die Verfügung, daß nicht 20% für Schwund gerechnet würden, sondern nur 10%. Es ist mir bekannt, daß diese Bestimmung nicht von Oldenburg, sondern vom Reich gekommen ist. Aber ändert das irgend etwas an der Verärgerung der Leute? Da hört man: „Da sieht man wieder, daß in Berlin ein Landwirtschaftsminister tätig ist, der von landwirtschaftlichen Verhältnissen keine Ahnung hat." Und es wäre erwünscht, wenn in diesen Kreisen die Ratschläge, die seitens der Landwirtschaft erteilt werden, mehr beachtet wären.

Ich will dann noch auf einen Umstand hinweisen und wäre dem Herrn Ministerpräsidenten dankbar, wenn er dieser Anregung Folge geben könnte und würde. Das betrifft die Zufuhr von Kunstdünger. Es ist mir bekannt, daß der Mangel außerordentlich groß ist und dauernd außerordentlich groß sein wird, entgegen der Anschauung, der der Herr Ministerpräsident vor einigen Tagen im Verwaltungsausschuß Ausdruck gegeben haben soll, nach der er gesagt haben soll, daß der Mangel nicht dauernd sein würde. Ich will nur darauf hinweisen, daß durch das Verlorengehen des linksrheinischen Ufers uns 49% der bisher gelieferten Menge an Rohphosphat verloren gehen. Ein anderer Teil geht uns in Schlesien verloren. Wenn uns also die Hälfte des bisherigen Rohphosphats verloren geht, so weiß ich nicht, wie man noch Optimist sein soll, daß demnächst eine einigermaßen Belieferung Platz greifen kann. Ich will ferner darauf hinweisen, daß — ich glaube mit Beginn des Oktober — eine Verteuerung des Stickstoffkunstdüngers um etwa 60% eingetreten ist. Ich will ferner darauf hinweisen, daß mit dem ersten Dezember eine Verteuerung der Kalisorten eingetreten ist in einem Umfang, wie man es nicht für möglich gehalten hätte. Ich will ferner darauf hinweisen — und ich entstamme ja einem Bezirk, der, wie Ihnen bekannt sein wird, die größten Kunstdüngermengen verbraucht hat — wenn jetzt eine Bestimmung im Gange ist, wonach hochprozentiges Kali überhaupt nicht zu bekommen ist, weil Bestellungen nicht angenommen werden, dagegen Bestellungen von Chlorkalium 1¼ Jahr Lieferfrist bedingen, so frage ich: wie sieht man nun der Anpflanzung von Kartoffeln im nächsten Frühjahr entgegen? Gerade hochprozentiges Kali ist eine Vorbedingung für das Gedeihen der Kartoffeln, so daß ich ohne dieses den Kartoffelanbau für unrentabel halte. Wenn also der Herr Ministerpräsident seinen Einfluß dahin geltend machen könnte, daß eine bessere Belieferung mit hochprozentigem Kali einsetzen könnte, so würde die Landwirtschaft ihm dafür außerordentlich dankbar sein.

Präsident: Herr Abg. Schmidt (Bockhorn).

Abg. **Schmidt:** M. H.! Der Herr Ministerpräsident hat es für notwendig gefunden, hier etwas näher auf die Reichspolitik und auf die politische Lage im Reich einzugehen. Er hat der Meinung Ausdruck gegeben, daß der Umsturz von links und rechts getrieben wird. Ich kann dem Herrn Ministerpräsidenten mitteilen, daß man auf der linken Seite absolut keine Sucht hat, heute unbedingt schon in die Herrschaft hineinzukommen. (Heiterkeit!) Ganz besonders unter den heutigen Umständen würde ich jeden Ministerposten ablehnen und wenn er zehnfach bezahlt würde. Ich glaube, sehr viele meiner Freunde stehen auf dem Standpunkte.

Dann hat sich der Herr Ministerpräsident sehr beklagt, daß die äußerste Linke — damit meint er die unabhängigen Sozialdemokraten —, daß diese sich nicht auf den Boden der Demokratie stellt. Ja, Herr Ministerpräsident, eine Demokratie, die dem einen ein Auto schenkt und dem andern nicht einmal die Holzschuhe läßt, das ist keine Demokratie. Die höchste Forderung der Demokratie ist m. E. die Diktatur des Proletariats, d. h. der Klasse, die nach der Zahl am größten vertreten ist. (Zwischenruf: Nicht zu glauben!) Jedenfalls sehen wir in der Diktatur des Proletariats keine Minderheitsherrschaft, sondern eine Herrschaft einer Mehrheit, die heute noch von einer Minderheit ausgebeutet und geknechtet wird. Wenn es noch eines Beweises bedarf, dann sehen Sie nach Berlin und betrachten den Prozeß Marloh. Dann rechnen Sie mal aus, wie hoch die Demokratie ein Menschenleben einschätzt, was ein Offizier bekommt, wenn er 32 Matrosen totschießen läßt? 3 Monate Gefängnis.

Dann hat der Herr Ministerpräsident dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß sehr bald mehr gearbeitet wird und daß ganz besonders das Herumstehen in den Reichsbetrieben aufhört. Das war ein sehr deutlicher Wink für die Werftarbeiter in Wilhelmshaven. Die Eisenbahn hat er selbstverständlich nicht gemeint, wie er zum Ausdruck gebracht hat. Ja, meine Herren, wer unterstützt denn das Herumstehen in den Reichsbetrieben? Wir haben eine Reihe von Werkstätten in Wilhelmshaven, die ohne weiteres jede Reparatur an Lokomotiven ausführen könnten. Die Demokraten in der Regierung haben dafür gesorgt, daß das Arbeitsmaterial, welches man benötigte, erst verschoben wurde — güterzugweise. Dann hat man dafür gesorgt, daß der Werft die Möglichkeit genommen wurde, Privatarbeit anzunehmen. Und heute stellt man sich hin und schimpft. (Zuruf: Mit vollem Recht!) Wenn Sie nichts zu tun haben, dann müssen Sie auch herumstehen. Aber es ist schließlich gleichgültig, ob man in Kaffees oder Kneipen herumsitzt oder auf der Werft herumsteht. Also erst schafft man dem Staatsbetrieb Arbeit, gibt ihm auch die Möglichkeit, Privatarbeit anzunehmen. Dann kann man sich nachher entrüsten, wenn nicht gearbeitet wird. Ich wäre dafür, daß man drei Schichten einführt, um die notwendigen Eisenbahnreparaturen auszuführen. Aber das will man scheinbar garnicht, und in weiten Kreisen der Arbeiterschaft ist die Erkenntnis durchgebrochen, daß die Regierung nur diesen Kuddelmuddel will, als wenn man darnach hinstrebt, daß die Eisenbahn garnicht mehr in Ordnung kommen kann. Darum gibt man keine Arbeit! Ich habe selbst dort gearbeitet und gesehen, daß eine ganze Werkstatt von 500 Arbeitern nur eine einzige Lokomotive in Arbeit hatte. Das liegt nicht an den Arbeitern, sondern an der Leitung. Ich möchte bitten, wenn die Regierung es noch tun kann: schicken sie ihre klapprichen oldenburgischen Lokomotiven nach Wilhelmshaven und lassen sie die reparieren auf der Werft! Dann wird das Herumstehen aufhören.

Dann hat sich der Herr Ministerpräsident befaßt mit

Landesbibliothek Oldenburg

Ausführungen der Landbesitzerzeitung. Herr Abg. Dannemann hat schon eine Abwehr versucht, und ich habe keinen Grund, die Landbesitzer in Schutz zu nehmen. Auf der anderen Seite habe ich auch keinen Grund, jemand zu denunzieren. Aber ich möchte die Staatsregierung darauf aufmerksam machen, daß der verantwortliche Schriftleiter dieser Zeitung ein Staatsbeamter ist, der ein hohes Staatsgehalt für seine Tätigkeit bezieht. Ob der Herr das Recht hat, als Staatsbeamter den Staat zu bekämpfen, möge die Regierung prüfen. Wenn es ein Arbeiter wäre, würde er jedenfalls schon längst in einer anderen Form Remedur erfahren haben. (Abg. Dannemann: Ist das Ihre Freiheit?) Wenn man auf der einen Seite die freie Meinungsäußerung mit Gewalt unterdrückt, soll man auf der andern Seite nicht einfach sagen: das ist die Freiheit. Denn das ist auch der Umsturz, den der Mann durch seine Zeitung fordert.

Dann wurde gesagt, die Lebensmitteldemonstration in Oldenburg hätte auf die Regierung nicht den Eindruck gemacht, den die Demonstranten hervorrufen wollten. Meine Herren! Ich muß außerordentlich bedauern, daß von seiten des Ministerpräsidenten gesagt wurde: Die Demonstration beeinflußt uns überhaupt nicht. (Ministerpräsident Tantzen: Wiederhole ich.) Ja, das ist auch Demokratie. Wenn die Lebensmittelpreise heute eine Höhe erreicht haben, die mit dem Arbeitsverdienst in gar keinem Verhältnisse stehen, wenn die Preise für Kleider und Schuhe heute eine solche Höhe erreicht haben, daß kein Arbeiter sich welche leisten kann, dann muß es doch Eindruck machen, wenn sich die Arbeiterschaft sagt: Wir wollen doch der Regierung zeigen, daß es erforderlich ist, daß in dieser Richtung vorgegangen wird. In Nordenham sollen die Demonstranten gesagt haben: „An den Laternenpfahl!" Das ist in Oldenburg auch gesagt worden, aber nicht von Demonstranten, sondern von einem Herrn aus dem Ministerium. Die Arbeiter verlangten, daß die Schieber und Wucherer an den Laternenpfahl kommen und auch diejenigen, die diesen Wucher und die Schiebereien nicht verhindern. In Oldenburg aus dem Ministerium hieß es: An den Laternenpfahl mit den Schiebern und Wucherern! Man wollte damit zu erkennen geben, daß man mit den Forderungen der Demonstranten einverstanden sei. Meine Herren, dann auch an den Laternenpfahl mit den früheren Ministern, die sich ein Schwein durch Schiebung verschafft haben!

Dann zum Dringlichkeitsantrag, der es sich zur Aufgabe macht, die Produktion an Brotgetreide zu steigern. Der Herr Ministerpräsident sagte, von Bockhorn hätte man verlangt, die Zwangswirtschaft wieder einzuführen. Und er schildert das ungefähr so, als wenn das in einem Gegensatz zu meinem Verlangen steht. Ich möchte zum Ausdruck bringen, daß gerade die Antragsteller in Bockhorn, welche die Zwangswirtschaft verlangen, dem Herrn Ministerpräsidenten und seiner Partei sehr nahe stehen. Aber ich muß auch betonen, daß ich es für sehr ungerecht halte, wenn man der Eingabe, die schon vor einiger Zeit an die Regierung gelangt ist, von seiten der Geestbauern heute noch entgegenruft, es sei Unsinn. Ich will nicht sagen, daß die Leute von Grabstede den rechten Ton und den richtigen Vorschlag gefunden haben. Aber es wäre besser gewesen, wenn die Regierung diesen 84 Bauern gegenüber, die auch restlos Ihrer Partei angehören, etwas besser entgegengekommen wäre. Dann hätten sie den Weg zu mir nicht gefunden und Ihre Partei hätte nicht nötig gehabt zu erklären, ich wollte mit dem Antrag Geschäfte machen, wie sie das bekannt gemacht hat. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß mir vollständig fern gelegen hat, mit diesem Antrag ein politisches Geschäft zu verbinden. Ich weiß es von mir, wenn Ihre Partei heute sich hinstellt und mir etwas an die Rockschöße hängen will, was mir ferngelegen hat. Wollen Sie alle Gegensätze aus dem Wege räumen, wenn schon eine Aenderung des Antrags stattfinden muß oder soll, ich habe nichts dagegen, wenn nur an dem Zweck und Ziel des Antrages nichts abgeht. Mir ist der Antrag immer sympathisch, weil ich den ersten Absatz versetzen kann. Ich möchte Sie aber bitten, den zweiten und dritten Absatz beizubehalten. Ich habe keine Möglichkeit gehabt, den Antrag Schmidt (Zetel) genauer zu prüfen. Jedenfalls der Antrag Lohse scheint mir das herbeizuführen, was in meinem Antrag 1 gesagt ist. Dann muß ich aber daran festhalten, daß wir die Stalldüngerbewirtschaftung in andere Bahnen lenken. Es ist für die Geestbauern nicht gleichgültig, ob sie für 2 oder 3 ℳ den Dünger beziehen oder unter welchen Bedingungen sie den Dünger beziehen von den Marschbauern. Jedenfalls ist die Geest in den nächsten Jahren erheblich mehr auf diesen Dünger angewiesen, da wir auf Zufuhr von Thomasmehl und Phosphat nicht zu rechnen haben. Die Geestbauern legen das größte Gewicht darauf, daß die Düngerbewirtschaftung auch gesetzlich stark beeinflußt wird, denn dadurch können wir die Produktion auf der Geest heben. Das will mein Antrag, und ich möchte Sie bitten, meinen Antrag so anzunehmen, wenn es nicht anders sein kann, mit dem Verbesserungsantrag Lohse an Stelle meines Absatz 1.

Präsident: Herr Abg. Schmidt (Bockhornerfeld) hat seinen Antrag dahin geändert, daß an die Stelle des Punktes 1 der Verbesserungsantrag Lohse tritt. — Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident **Tantzen:** Dem Herrn Abg. Hollmann will ich nur sagen, daß ich im Verwaltungsausschuß und gelegentlich einer Besprechung von Vertretern der Berufsorganisationen allerdings gesagt habe, daß die Kaliproduktion den Friedensstand wieder erreicht habe, daß eine Beschaffung von Thomasmehl wegen der fehlenden Rohphosphate schwierig sein werde, daß aber auch die Produktion des Stickstoffs in den ursprünglich für Munitionsherstellung eingerichteten Fabriken so stark gefördert würde, daß im Frühling eine stärkere Zufuhr stattfinden könne. Das ist aus Berlin offiziell berichtet worden. Wenn Sie das Nähere hören wollen, kann es geschehen von dem Herrn Regierungsvertreter.

Ich möchte aber Herrn Abg. Schmidt einige Worte sagen. Ich stelle fest, daß er von der Tonart der Unabhängigen schon etwas gelernt hat. Ich habe immer noch die Hoffnung gehabt, daß er sich wirklich, wie er innerlich gestaltet zu sein scheint, praktisch voll auf den Boden der Mitarbeit stellt. Aber nachdem er die Diktatur des Proletariats verteidigt, nachdem er also die Gewalt öffentlich fordert,

Landesbibliothek Oldenburg

darf er sich mit seinen Freunden nicht beklagen, wenn gegen ihn Gewalt angewandt wird. Denn es wäre kein Staat und kein Recht, wenn nicht gegen diejenigen, die öffentlich zur Gewalt auffordern, wie es seine Parteigenossen tun, wenn gegen diejenigen nicht das Recht bestände, vom Staat aus Gewalt zur Anwendung zu bringen. Ich erkläre ihm aber auch, daß der führende Parteigenosse in Leipzig Crispin wörtlich gesagt hat: „Der Parlamentarismus ist für uns nur ein Mittel der Agitation, um über den Parlamentarismus zur Herrschaft zu gelangen. Den Parlamentarismus zu benutzen zu irgend einer praktischen Mitarbeit, ist für uns ausgeschlossen." Also muß man sich immer fragen, ob das, was die Vertreter der Unabhängigen tun, wirklich Mitarbeit oder Agitation ist. Denn so lange, wie sie im Parlament sitzen, sind sie nicht zur positiven Mitarbeit durch das Programm aufgefordert, sondern nur aufgefordert zu agitieren. Danach werden auch wir im Lande das Recht haben, anzunehmnn, was einer, der sich zur unabhängigen Partei bekennt, im Landtag sagt, daß er das nur tut, um draußen Eindruck zu machen, um für sich zu agitieren. Dann wäre nach dem Fall von Leipzig, den ich nicht erhofft habe — ich habe gehofft, daß die Unabhängigen sich auf dem Boden der Demokratie halten würden, daß sie sich dahin zurückfinden würden, weil ja sehr viele Volksgenossen irregeführt sind und hingelangt sind zu der Partei, die jetzt verwirkt hat, nach diesem Leipzig anerkannt zu werden zur praktischen Mitarbeit im Staat und am Aufbau des Staates überhaupt.

Wenn dann von Herrn Abg. Schmidt, vom Mord der Matrosen geredet ist, so klingt das aus einem unabhängigen Munde doch recht sonderbar. Ich verfolge die Parteizeitungen der Unabhängigen mit größtem Interesse. Kein Tag vergeht, wo ich nicht das Zentralorgan, die „Freiheit" durchsehe. Bei allem psychologischen Verständnis für jede politische und geistige Bewegung habe ich eine größere Heuchelei noch nicht kennen gelernt, als was in dieser Zeitung zutage gefördert wird. Auf der ersten Seite steht der Jammer über die Schreckensherrschaft der herrschenden Gesellschaft. Auf der nächsten Seite wird die Gewaltherrschaft gefordert gegen alles, was sich unserer Sache nicht anschließt. Das ist eine Heuchelei widerlichster Art.

Was den Sozialismus anlangt von Herrn Schmidt und die Arbeitsleistung auf der Werft, so kann Herr Schmidt hier wohl niemand begreiflich machen, auch wenn er die Werftverhältnisse kennt, daß die Zustände dort zurückzuführen sind auf demokratische Einflüsse von Regierungsstellen. Es liegt an dem System, daß sichtbare Arbeit dies Stück Sozialismus nicht verträgt und mögen sie dahinstellen, wen sie wollen. Es bleibt dabei, daß es bedauerlich ist, daß in vielen Staatsbetrieben nicht gearbeitet, sondern herumgestanden werden muß.

Was aus dem Ministerium gesagt sein soll von einem Herrn gelegentlich der Demonstration „an den Laternenpfahl", so ist, da Herr Schmidt nicht anwesend war, wenn es ihm so berichtet ist, ihm falsch berichtet worden. Ich habe gesagt, ein Bekannter aus dem Lande habe mir einen Brief geschrieben, in dem seine Stimmung wiedergegeben sei mit den Worten: „Solche Schieber" — unter Hinweis auf bestimmte — „gehören an den Laternenpfahl". Das ist kein Ausspruch irgend eines Beamten des Ministeriums, sondern die Stimmung eines Mannes aus dem Lande. Aber es ist etwas anderes, was Sie bemänteln wollen, Herr Schmidt, wenn Ihre U. S.-Leute in Nordenham auf bestimmte Personen zeigend und die Namen nennend und zwar den Amtshauptmann und einen völlig rein dastehenden Vertreter des Amtsverbands, wenn sie fordern: „Schlagt sie tot oder hängt sie auf!" Denen wird das eingebrockt werden, darauf können Sie sich verlassen. Denn wenn man das hingehen läßt, derartige Bedrohungen, dann fehlt bloß noch das Totschlagen. Aber wir werden vorbeugen, daß das nicht geschieht. Wenn sie das Gelichter herüberholen um die vernünftigen Arbeiter, die Gewerkschaftsführer hinauszuschmeißen, dann wird es höchste Zeit, daß diesem Gelichter gegenüber angewandt werden muß, was nur noch zu helfen scheint und was rücksichtslos angewandt werden wird, wenn die Ordnung verletzt wird. Darauf können sie sich verlassen. Das haben die Unabhängigen selbst gewollt, als sie die Polizeitruppe bewilligten, was ihnen anscheinend jetzt schwer auf den Magen gefallen ist.

Präsident: Herr Amtshauptmann Cassebohm hat das Wort.

Amtshauptmann **Cassebohm:** Herr Abg. Schmidt (Bockhornerfeld) hat mehrfach eine Antwort der Regierung auf eine Eingabe von Grabsteder Eingesessenen beanstandet. Der Ton, der aus den Eingaben herausklingt, wäre eine Antwort auf den scharfen Ton, den die Regierung angeschlagen hätte. Es ist richtig, daß die Regierung gesagt hat, daß die Eingabe Unsinnigkeiten enthalte. Ich kann Ihnen das Antwortschreiben vielleicht vorlesen.

> Auf Ihre, an den Amtsvorstand Varel gerichtete, an das Ministerium weitergegebene Eingabe, betreffend Vorschläge über Aenderung der Zwangsbewirtschaftung, erwidert das Ministerium, daß es auf dem Standpunkt steht, daß die Zwangswirtschaft sobald als möglich abgebaut werden muß, und nicht noch Maßnahmen eingeführt werden, deren Undurchführbarkeit von vornherein feststeht. Der dortige Vorschlag, betreffend Ersatzlieferung von Hafer und Bohnen in Höhe der Roggenablieferung, bedeutet tatsächlich nichts anderes, als eine Umlegung der Roggenlieferung nicht nach dem Roggenernteertrag, sondern nach dem Ertrag an Hafer und Feldbohnen, und eine Befreiung der Roggenanbauer von der Roggenlieferung, ein Verfahren, dessen Unsinnigkeit wohl keiner Erörterung bedarf. Es würde dahin führen, daß Hafer und Feldbohnen überhaupt nicht mehr angebaut würden, denn der Landwirt würde von dem Ertrage nichts behalten können. Auch der Einführung des Anbauzwanges, der sich überdies nicht auf die Marsch beschränken könnte, steht das Ministerium ablehnend gegenüber. Derartige Maßnahmen sind nicht durchzuführen und bedeuten im Enderfolg eine Schädigung der Produktion.

Der Antrag der Grabsteder Eingesessenen war erstens: Der Landwirt der Geest erhält für das abzuliefernde Brotgetreide Hafer und Hülsenfrüchte in derselben Menge und zu demselben Preise zugewiesen. M. H.! Was bedeutet das? Die Hafer- und Hülsenfrüchteernte zusammen ist etwa die Hälfte der Brotgetreideernte. Also ist ein solches Verlangen schon unsinnig. Denn wenn jeder, der Roggen abliefern

Landesbibliothek Oldenburg

soll, dafür Hafer wiederbekommen soll, wie ist das auszuführen, da der Hafer nicht da ist? Also die Roggenernte würde nur zur Hälfte erfaßt werden. Es kommt wenig heraus: Die Roggenablieferung wird nach der Haferernte umgelegt. Das ist ein Verfahren, welches unsinnig ist. Es sind noch andere Anträge in der Eingabe enthalten, z. B. der Anbauzwang. Es sollen in der Marsch 25% aufgebrochen werden. Auf diese Frage ist schon eingegangen worden. Anbauzwang ist nicht durchführbar. In allen Landwirtskreisen wird doch immer bemängelt, daß die Zwangswirtschaft in ihrer jetzigen Form die Produktion schädigt, die Produktionsfreudigkeit untergräbt. Diese Einwendungen haben ihre große Berechtigung. Geht man noch weiter und führt Anbauzwang ein, dann werden diese Mängel sich noch weiter verschärfen. Wenn der Landwirt sich passiv verhält, wie will man den Anbauzwang durchfühlen? Wie schwierig ist es schon, wenn einzelne brachliegende Stücke von der Gemeinde bewirtschaftet werden sollen. Der dritte Antrag ist auch schon besprochen worden. Die Antragsteller sind der Meinung, daß die Höchstpreise für die landwirtschaftliche Produktion zu niedrig festgesetzt sind, daß für alle Produkte Preise festzusetzen sind, die einem gleichmäßigen Aufschlag zu dem Friedenspreise als Grundpreis entsprechen. M. H.! Ich glaube nicht, daß die Antragsteller sich bewußt gewesen sind, was dies heißt. Eine Verordnung, die Preise für sämtliche Produkte und Waren dürfen das soundsovielfache des Friedenspreises nicht übersteigen, ist selbstverständlich ein Stück Papier. Soll eine derartige Bestimmung durchgeführt werden, so heißt das nichts anderes, als die Zwangswirtschaft nun auf alle Erzeugnisse auszudehnen, die ganze Produktion kommt in eine Zwangsjacke. Wenn einmal die Antragsteller sich dies überlegt hätten, würden sie diese Anträge m. E. nicht gestellt haben.

Präsidert: Herr Abg. Fröhle hat das Wort.

Abg. **Fröhle:** Meine Damen und Herren! Wie unsere Partei im Reich, so sind auch wir selbstverständlich der Ansicht, daß die Zwangswirtschaft nicht von heute auf morgen abgebaut werden kann. Wir müssen einen Ausgleich zwischen Produzenten und Konsumenten schaffen. Es würde ein Ding der Unmöglichkeit sein, wenn man von heute auf morgen die Zwangswirtschaft über Bord werfen wollte, wie es gewisse Kreise verlangen. Aber andererseits sollte man auch nicht verkennen, daß unter der Zwangswirtschaft die einzelnen Berufsklassen schwer gelitten haben. Man muß bedenken, wie schwer ein Landwirt mit der Kunstdüngerbeschaffung zu kämpfen hat, daß er nur den allernotwendigsten Kunstdünger auf seinen Grund und Boden bekommt. Der Kunstdünger, der überhaupt noch zu haben ist, sitzt im Schleichhandel. Es werden Preise dafür gefordert, die der Produzent einfach nicht bezahlen kann, sondern darauf angewiesen ist, sein Korn ohne Kunstdünger anzubauen. Wenn einzelne Kreise auch in unseren Berufsreihen heute nicht mehr die Produktionsfreudigkeit wie früher haben, so ist das sehr wohl zu erklären. Wenn man bedenkt, wieviel heute die Gehälter der großen Kriegsgesellschaften betragen — ich erinnere nur an einen Direktor, der 240000 ℳ bezieht — dann sollte auch in dieser Beziehung endlich Remedur geschaffen werden. Wenn Prokuristen 17—24000 ℳ bei einzelnen Kriegsgesellschaften beziehen, muß unbedingt gefordert werden, daß mit allen Mitteln solchen Gesellschaften der Garaus gemacht wird. (Sehr richtig!)

Weiter komme ich zu den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten. Ich halte es nicht für richtig, eine große Organisation dafür verantwortlich zu machen, was eine einzelne Person in einer Versammlung vorträgt oder vorgetragen haben soll. Ich kann feststellen, daß der südoldenburgische Landbund, der vielleicht eine Mitgliederzahl von 25000 hat, sich seiner Pflichten gegen die Gesamtheit recht wohl bewußt ist. Ich kann ferner feststellen, daß gerade der Süden gut Schritt halten kann bezüglich der Kornablieferung. Der südoldenburgische Landbund erstrebt selbstverständlich, daß die Zwangswirtschaft aufgehoben werden soll, aber das soll planmäßig geschehen. Er will aber nicht von heute auf morgen die Zwangswirtschaft über Bord werfen. Aber wir müssen dazu kommen, daß wir schließlich in andere Verhältnisse hineinsegeln. Denn wenn wir bei dem jetzigen System bleiben, wird die Zwangswirtschaft über kurz oder lang völlig zusammenbrechen. Ich freue mich außerordentlich, daß das ganze Haus mit mir auf dem Standpunkte steht, daß ein anderer Weg eingeschlagen werden muß. Bedauern muß ich den Zwischenruf des Herrn Abg. Heitmann, der dem südoldenburgischen Landbund in dieser Weise eine Absicht unterstellt. Herr Heitmann, es ist nicht Absicht. Das versichere ich Ihnen. Wir werden weiterhin unsere Pflicht und Schuldigkeit tun, wie wir sie auch bis jetzt getan haben. Dann zu den Aeußerungen des Herrn Abg. Schmidt betreffs der Lebensmittelpreise, indem er sagte, daß alle Schieber und Wucherer an den Laternenpfahl gestellt werden müßten. Ich bin gewiß der letzte, der den Schiebern und Wucherern Vorschub leisten will. Aber ich möchte Herrn Schmidt doch sagen: Wenn alle Schieber und Wucherer an den Laternenpfahl gestellt werden sollen, dann kämen auch vielleicht Angehörige seiner Partei an den Laternenpfahl. Und es würde vielleicht nicht so viele Laternenpfähle geben, wie notwendig wären. Weiter hat er gesagt, die Demokratie bestehe darin, daß heute der eine ein Auto habe und der andere nicht mal Holzschuhe. Ich glaube, Herr Schmidt, das werden Sie wohl nicht beweisen können. Dann hat Herr Schmidt gesprochen von der Diktatur des Proletariats. Herr Schmidt, Sie können versichert sein, der gesunde Sinn der Oldenburger wird mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln sich dagegen stemmen und Sie können mit der Diktatur des Proletariats ruhig kommen, wir werden damit fertig werden. (Bravo!)

Präsident: Herr Abg. Hug hat das Wort.

Abg. **Hug:** M. H.! Die Torfbauern können sich freuen, daß alles viel mehr gespannt war auf die Debatte der Lebensmittelversorgung als wie auf ihre Sünden. Und sie sind deshalb ganz außerordentlich gut abgekommen, so gut, wie ich es nicht gedacht habe.

Nun hat der Herr Ministerpräsident in seiner Rede die allgemeine politische Lage in den Vordergrund gestellt und von da aus die Frage der Lebensmittelversorgung entwickelt und die Dinge, die dabei uns alle bedrücken, behandelt. Es sind ihm schon von rechts wie von links darüber

Landesbibliothek Oldenburg

Vorwürfe gemacht worden. Ich bin der Ansicht: mit Unrecht. Denn alle die Erscheinungen, die vom Herrn Ministerpräsidenten und anderen Rednern hier gestreift oder vorgetragen worden sind, sind letzten Endes nichts anderes als Ausflüsse und Ausläufer der Politik der Rechten und der Linken. Es ist der Niederschlag. Herr Abg. Hollmann, der eigentlich ganz unpolitisch ist — (Ministerpräsident Tantzen: nur scheinbar!) parteipolitisch wollen wir sagen — hat, ohne es zu wollen, das Herz dieser Bewegung aufgedeckt. Es macht der Landwirtschaft Schmerzen, daß der Reichsminister für Landwirtschaft kein Bauer ist. (Richtig!) Ich könnte ihm gleich von vornherein sagen, es gab auch schon landwirtschaftliche Reichsminister vor dem Kriege und vor der Zwangswirtschaft, die auch von der Landwirtschaft nichts verstanden haben. (Sehr richtig!) Und es war auch Unzufriedenheit vorhanden über die Zustände, die während des Krieges in der Lebensmittelversorgung sich herausgebildet haben, als Minister vorhanden waren mit außerordentlicher Fachkenntnis. Es hat für die Rechte die Frage eine tief politische Bedeutung, und das ist: Das Rad unserer politischen Einrichtungen wieder rückwärts zu revidieren, die frühere, alte Politik wieder herbeizuführen und mit dieser anderen, alten Politik auch eine Wirtschaftspolitik aufzurichten, die einer bestimmten kleinen Klasse der Großgrundbesitzer aus dem Leib geschnitten ist. Daß auf der anderen Seite die ruhige Entwicklung des demokratischen Deutschland gestört werden soll, ist richtig. Das ist nicht wegzuleugnen. Aber ich glaube, der Herr Ministerpräsident ist in eine Anschauung und einen Ton über die Partei der Unabhängigen Sozialisten hineingeraten, von dem ich wünsche, daß er ihn nicht beibehält. Er überschätzt einmal die Sache. Ich gebe zu, es ist seine Pflicht, wie es unser aller Pflicht ist, alles, was eine ruhige Entwicklung der Demokratie stören will, entschieden zurückzuhalten. Aber in die Anschauungsweise und in den Ton darf man nicht verfallen, wie sie gewesen sind und geübt worden sind zu einer Zeit, wo man die Sozialdemokraten, zu denen auch ich gehöre, bekämpft hat. In die alte Sozialistenbekämpfungsmethode bitte ich den Herren Ministerpräsidenten nicht zu verfallen.

M. H.! Das Bekenntnis unseres Kollegen Schmidt zum Leipziger Programm schützt ihn nicht vor dem Scheiterhaufen, auf den er kommen wird infolge der Sünden, die er hier bereits vorher gegen das Bekenntnis begangen hat. (Heiterkeit.) M. H.! Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten, seine Tätigkeit so zu bewerten, wie wir sie sehen. Wenn trotz dieses Bekenntnisses Herr Schmidt mit einem anerkennenswerten Eifer mitarbeiten will, so nehmen Sie das an! Das ist das Zukunftszeichen, und davon kann er nicht mehr wegkommen. Man hüte sich, zu sagen: Was du hier mit Eifer tutst ist Heuchelei, weil du sonst Dingen nachjagst, die Phantome sind oder zum Verbrechen führen. Man warte, bis der Weg des Verbrechens beschritten wird oder Wege betreten werden, die Verderben bringen, und dann greife man ein. Der Herr Ministerpräsident wie auch ich und andere haben schon zum Fenster hinaus geredet, um für die Partei Propaganda zu machen. Aber daneben haben wir praktische Arbeit geleistet und haben gesagt: Das, was wir hier als Propaganda tun, ist notwendig, um zu zeigen, daß die demokratischen Parteien am besten, am entschiedensten für die Interessen des gesamten Volkes eintreten. Auf dieser Anschauung stehen auch Leute, die zu der Partei des Herrn Schmidt gehören. Andrerseits sind auch Leute dabei, die ideal denken. Ich will auf das nicht eingehen, was Herr Schmidt Schiefes und Falsches gesagt hat. Trotzdem hat er versucht, sich als den unentwegten Revolutionär hinzustellen. Auf jeden Fall bitte ich ihn, mit dem Prozeß Marloh wegen Ausschreitungen des Militärs keine Geschäfte machen zu wollen. Ich bedaure ganz außerordentlich, daß durch den Versuch, damit Geschäfte machen zu wollen, die Arbeiter aufzureizen versucht wird. Der Kampf gegen die Roheit, wo sie sich findet, der Kampf gegen den Militarismus, wo er noch vorhanden ist, wird dadurch ganz außerordentlich erschwert. Denn was hier geschehen ist an furchtbarer Roheit gegen Soldaten, das ist auch in München passiert, das ist auch in Budapest passiert. Ueberall, wo die rohe Gewalt ans Werk geht, wird nicht geprüft, was Recht und Unrecht ist. Die U. S. P. trägt ein gerüttelt Maß von idealer Schuld an dem unnützen Blutvergießen während der Revolution. Es ist falsch, hier ein Urteil fällen zu wollen, ob das Maß der Strafe, daß den Marloh getroffen hat — der für mich mehr ein Werkzeug eines anderen gewesen ist — richtig oder nicht richtig ist. Damit kann man wohl Menschen beeinflussen, die nicht tiefer die Dinge betrachten, und kann damit Unzufriedenheit schaffen, aber keine klaren Köpfe. Und das ist das Bedauerliche an der Politik unseres Kollegen Schmidt, daß seine Politik bestrebt ist, in den Arbeitermassen Unklarheit zu schaffen anstatt Klarheit, daß sie es vermeiden, ihren Anhängern die Wahrheit zu sagen. Andere Vertreter meiner Partei und ich haben bei allen scharfen Kämpfen das Bestreben gehabt, den Arbeitern die Wahrheit zu sagen, denn nur dann ist es möglich, eine gesunde Politik zu bekommen. (Sehr richtig! bei den Sozialkraten!)

Was vom Herrn Ministerpräsidenten gesagt worden ist über die Reichsbetriebe, ist zum Teil richtig. Und es wäre eine viel lohnendere Aufgabe, wenn der Kollege Schmidt sich daran machte, mitzuhelfen, daß der Rest des Zusammenbruchs der Arbeitsfreudigkeit beseitigt würde und daß an ihre Stelle die Arbeitsfreudigkeit wieder tritt. Es ist gewiß nicht richtig, einfach zu sagen: „Sie schaffen nicht, sie arbeiten nicht, sie wollen streiken". Sondern man muß dabei bedenken: Vier Jahre Krieg haben nicht nur bei denen draußen im Felde, sondern auch im Innern, hier besonders bei den Arbeitern der Rüstungsindustrie Körper und Geist vollständig zermürbt. Und sie sind ebenso krank und noch kränker als alle anderen, die aus Kriegspsychose heraus Dummheiten machen. Ihnen muß man schon mildernde Umstände zubilligen und Nachsicht mit ihnen üben. Man soll nicht sagen, es sind von irgend einer Partei Mengen von Waren verschoben worden. Wenn ich so urteilen wollte, dann könnte ich meinem Kollegen Schmidt Namen von Personen nennen, die seiner Partei sehr nahe stehen. Ich halte es aber für falsch, hier vor dem ganzen Lande über Dinge zu reden, die man nicht beweisen kann. Denn einer Partei als solcher möchte ich nicht einen derartigen Anwurf aufladen. Daß kein System in dem Aufbau der Arbeit auf der Reichswerft liegt, insofern sind zum Teil die Anführungen des Herrn

Landesbibliothek Oldenburg

Kollegen Schmidt berechtigt. Aber man soll doch nicht vergessen, daß ein solches Werk doch ganz einseitig eingerichtet ist. Man weiß nicht, ob es sich auf Lokomotivbau einstellen läßt. Man muß bedenken, daß nicht nur Wilhelmshaven der Ort ist, der Arbeit zugewiesen haben will, daß es zahlreiche Orte gibt, die in derselben unglücklichen Lage sind. Es sind mindestens mildernde Umstände in Betracht zu ziehen. Gegenüber der Reichsregierung ist doch anzuerkennen, daß sie bis jetzt in Wilhelmshaven das getan hat, was zur Erhaltung eines großen Teils des Arbeiterstammes nötig war. Das darf nicht verkannt werden gegenüber solchen unrichtigen Angaben, wie Kollege Schmidt sie gemacht hat. Daß man Danzig hat eingehen lassen, daß man Kiel hat eingehen lassen als Werft und hat Wilhelmshaven bestehen lassen, das zeigt doch deutlich, daß die Reichsregierung weiß, was sie will, und daß sie bestrebt war, den Stamm der Arbeiter in Wilhelmshaven zu beschäftigen. Meine Damen und Herren! Es hat der Herr Berichterstatter bei seinen Ausführungen vorangestellt, es seien Fehler gemacht worden in der Lebensmittelversorgung. Sicher ist das richtig. Und wenn man das anerkennt, dann muß man die ganze Misere, in der wir sind, doch etwas anders beurteilen. Meine Damen und Herren! Keine Methode wird uns befriedigen aus dem einfachen Grunde, weil das Angebot von Lebens- und Genußmitteln kleiner ist, als die Nachfrage. Aus dieser Tatsache entspringt eben alles. Und wenn heute gesagt wird, ja, die Reaktionären fordern diese ungesetzlichen Forderungen, daß sie da und dort aufgetreten sind, kein Korn mehr abzuliefern, auf der anderen Seite durch Demonstrationen etwas zu erringen, was nicht zu erringen ist, wenn radikale Sozialisten Bauernbündler geworden sind, dann kommt das daher, daß in Folge dieser Misere ein völliger Wechsel in den Anschauungen der wirtschaftlichen Notwendigkeiten eingetreten ist. Und wenn man das anerkennt, darf man auch nicht mehr Dinge machen, welche mit Recht dahin gekennzeichnet sind, daß sie die Menschen und Verhältnisse noch mehr in Verwirrung bringen und aufreizend wirken. Es muß ausgesprochen werden, daß in Berlin an den obersten Stellen, wo die Organisation der Lebensmittel geschaffen worden ist, daß da doch Landwirte mitgewirkt haben. Wollen Sie vielleicht den früheren Abg. Feldhus nicht als einen kundigen Landwirt anerkennen? Nicht die unwissendsten, sondern Landwirte von anerkannter Intelligenz und Fachkenntnis sind dabei gewesen. M. H.! Von der sozialdemokratischen Partei ist im Anfang des Krieges die Ansicht vertreten worden, es solle gerade die Landlieferung organisiert werden, nicht die Zwangswirtschaft. Warum man dem Antrage nicht gefolgt ist, weiß ich nicht. Ich nehme nicht an, daß es politische Gegnerschaft war, sondern ich nehme an, daß gerade die Landwirte, die damals dort vertreten waren, und die Militärs die Zwangswirtschaft für richtiger hielten als die Form der Landlieferung. Ich kann mir aber auch denken, meine Damen und Herren, daß auch bei der Landlieferung viele Landleute ihre Pflicht nicht erfüllen und daß dann kein Machtmittel vorhanden ist, diejenigen zur Pflichterfüllung zu bringen. Nach meiner Meinung ist, so wie die Dinge liegen, nicht anders möglich als die Planwirtschaft, wie der Herr Ministerpräsident in seiner Rede vorgeführt hat. Ob es nicht schon zu spät ist, will ich dahingestellt sein lassen. Im Anfang des Krieges, mit Ernst und Gewissenhaftigkeit durchgeführt, würde sie besser gewesen sein. M. H.! Wie ist denn das gekommen, daß die Sache beinahe am Zusammenbruch steht? Die Rationierung mußte nur zu einem Minimum an Lebensmitteln führen. Es reichte nach keiner Seite hin. In der ersten Zeit war der Mangel zu ertragen, aber 5, 6 Jahre hält eben kein Volk eine solche Rationierung aus, besonders nicht bei der jetzigen Entwicklung. Alle diejenigen, die nicht genug bekamen, suchten natürlich etwas mehr zu erlangen. Erst ging das in bescheidener Form. Als aber dann die Kriegsgewinnler kamen und als große Geschäfte damit gemacht wurden, da ging die Sache im großen. Da wurde nicht mehr gehamstert, um die notwendigen Bedürfnisse der Familie zu befriedigen, sondern um ein verbrecherisches Geschäft zu machen. Meine Damen und Herren! Ich bitte die Herren von der Landwirtschaft das anzuerkennen. Wenn Sie noch imstande sind, dem abzuhelfen, nachdem die Geistlichen im Münsterland und die Gemeindevorsteher im Norden es nicht fertig brachten, dem Wucher Einhalt zu tun, so tun Sie es. Ich fürchte, auch Sie bringen es nicht fertig, die Landbevölkerung dazu zu bewegen, daß sie dem Anbieten von unerhörten Preisen widersteht. Darin liegt der große Fehler, daß die Landwirte sagen: „Ich habe nicht 10 oder 20 M für die Butter verlangt, sie sind mir aber angeboten worden. Mein Gewissen hat sich erst dagegen gesträubt; aber nachdem das Gewissen meines Nachbarn geschlafen hat, fängt auch meins an einzuschlafen. So habe ich die 20 M genommen." Einen typischen Fall habe ich ausgegraben. Es kam mir eine Postkarte von 1916 zu Gesicht. Da schreibt mir ein Bauer: „Mein lieber Paul! Ich habe im Herbst eine Kuh verkauft für 300 M. Jetzt kostet sie 600 M. Bin ich verpflichtet, dem Manne die Kuh für 300 M zu verkaufen?" Selbstverständlich war der Mann dazu verpflichtet. Aber sein Gewissen sollte ich einschläfern. Erst haben die Leute aus Not Kartoffeln gehamstert. Dann kam das Hamstern aus Gewinnsucht. Und es kam dann auch das Hamstern der ganzen Gemeindeverwaltungen und Stadtverwaltungen. (Sehr richtig!) Meine Damen und Herren! Alles begreifen heißt zwar nicht alles verzeihen. Aber es heißt, das Vergehen milder ansehen. In den Städten und Gemeinden weiß ich zahlreiche Personen in jedem Stande vom einfachen Arbeiter hinauf bis zum höchsten Beamten, die nicht in der Lage waren, hinauszugehen und sich das Nötige zu hamstern, was sie haben mußten, um sich und ihre Familie halbwegs ernähren zu können. Ich habe Leute gekannt, Pastoren, Beamte, Arbeiter, Handwerker, die so lange die Entbehrung getragen haben, bis ihre Kinder tuberkulös krank wurden, an Entbehrung erkrankten. Da mußten sie sich sagen: „Nein, so geht es nicht weiter. Du mußt auch hamstern." Es kann aber nicht jeder den Rucksack auf den Buckel nehmen oder im Auto hinausfahren wie die Offiziere, sondern sie haben geduldet. Das kann eine Gemeindeverwaltung, eine Stadtverwaltung nicht ansehen. Und wenn sie ihrer Pflicht genügen will, nun alles zu tun, um soviel Lebensmittel herbeizuschaffen, daß es etwas mehr ist als die Rationierung, dann muß sie auf den Weg des Hamsterns im Großen kommen. Ich bedaure ganz außerordentlich, daß man sich

Landesbibliothek Oldenburg

hier herbeigelassen hat, ohne vorher mit den Personen, die unterrichtet sind, zu sprechen, hier vor dem Lande zu sagen: „Wenn man wüßte, wie die Stadt Rüstringen gehamstert hat, dann würde die Empörung noch größer sein". Herr Kollege Dannemann, ich kenne Sie bei aller politischen Gegensätzlichkeit als einen Ehrenmann. Ich sage Ihnen aber, wenn Sie wüßten, wer der Mann ist und warum er Ihnen den Brief gegeben hat, würden Sie keinen Gebrauch davon gemacht haben und würden sich nicht bereit gefunden haben, hier den Racheengel zu spielen. Niedere persönliche Rachsucht ist es, was in dem Schreiben zum Ausdruck kommt. Gewiß sind diese Dinge, die Schiebungen, juristisch strafbar. Gewiß kann die Regierung es auch nicht dulden. Aber was mildernd für sie spricht, ist, daß es im Gemeininteresse, im Interesse der ganzen Bevölkerung geschehen ist, während gewisse Leute das Hamstern und Schieben aus verbrecherischem Eigennutz getrieben haben. Daß selbstverständlich auch von seiten der Stadtverwaltung etwas geschehen muß, wieder in die rechte Bahn zu finden, liegt auf der Hand. Auch die Herren auf dem Lande müssen mit helfen. Sie haben Kundgebungen gemacht im Jahre 1916, wo wir einmütig meiner Anregung gefolgt sind, die Rationierung des Fettes einzuführen. Die Sache hat nach meiner Auffassung auch geklappt. Sie war in keinem Bundesstaat besser als hier. Ich erinnere aber auch daran, wie man nach einem Jahre gezwungen war, die unerhörte Art, wie in der Provinz Birkenfeld die Bestimmungen verletzt worden sind und dadurch die Bevölkerung in den Städten in eine unerhörte Notlage gekommen ist, weil die Landbevölkerung in Birkenfeld sich geweigert hat die Pflichtmengen an Milch und Butter zu liefern. Ich erinnere dann besonders daran, daß am 10. oder 17. November 1918 im Unionssaal die Vertreter der Landwirtschaft, des Handwerks und der Arbeiter zusammen waren, unter dem Eindruck der Revolution gelobten, sich nicht nun zu befehden in einem Interessenkampf, sondern zusammenzustehen, vor allen Dingen zu dem Zweck, die Lebensmittelversorgung aufrecht zu erhalten. Das Gelöbnis ist nach meiner Auffassung nicht gehalten worden. Und wenn das Gelöbnis ernst gewesen wäre und man es nicht verletzt hätte durch Interessenpolitik, würde es nicht zu den heutigen Zuständen geführt haben. Die Kundgebungen in Hude, in Wardenburg und sonst wo in der Presse sind doch nicht so milde aufzufassen, wie Herr Dannemann es darstellen will. Ich nehme nicht an, daß Herr Dannemann den Petrus spielen will und glaubt es sei recht zu sagen: „Ehe der Hahn zweimal kräht, werde ich euch dreimal verleugnen". Ich will nicht sagen, daß er abrückt von dem Landbesitzerbund, sondern er muß dabei bleiben, denn als Hochagrarier hat er sich immer bekannt. Man kann keine andere Auslegung anerkennen als die, die aus den deutlichen Worten des Programms hervorgeht. Und dieser Geist kann nicht anders gekennzeichnet werden, als der Herr Ministerpräsident ihn gekennzeichnet hat, und muß bekämpft werden, wie er bekämpft worden ist. Wie es mit der Lebensmittelversorgung geht, so geht es natürlich auch mit der Düngemittelversorgung. Ich überlasse es den fachkundigen Leuten darüber zu streiten, ob es nicht Pflicht ist derjenigen Landwirte, die es können, Roggen zu bauen, ob es wirklich richtig ist, daß aus dem Grunde, weil die Roggenwirtschaft nicht so rentabel ist, nun keinen mehr zu bauen. Als Laie erlaube ich mir aber, daran zu erinnern, daß es eine Reihe anderer landwirtschaftlicher Erzeugnisse gibt, bei denen ganz außerordentlich gute Erträgnisse eingekommen sind. Ich erinnere an Feldbohnen. Ich erinnere an die zwei Jahre langen glänzenden Erträgnisse der Steckrüben. Ich glaube, man kann doch nicht sagen, der Steckrübenbau war kein gutes Geschäft. Sie müssen den Verlust am Roggen ausgleichen durch den Gewinn an anderen Produkten, besonders an den Hamsterwaren. Die Wirkung der Valuta spüren nicht nur andere, sondern die müssen sie natürlich auch spüren. Und an dem Stand der Valuta, an der Entwertung des Geldes liegt auch die Preistreiberei, die wir erleben. Die Klagen des Bauern über die teuren Wagen, die Kosten beim Schmied usw., diese Klagen sind an sich berechtigt. Sie sind aber zurückzuführen auf die Valutamisere.

Herr Kollege Dannemann hat dann geglaubt, die Androhung des Besitzerstreiks rechtfertigen zu können mit dem Kampf um das Koalitionsrecht bei der Verfassung. Ich habe dazwischen gerufen: „Ja, Bauer, das ist ganz etwas anderes". Sollen Nichtbesitzende, völlig losgelöst vom Grund und Boden und den Produktionsmitteln, nicht das Recht haben, ihr zum Leben notwendige Existenzminimum verbessern zu können? Der Besitzer von Grund und Boden hat immer so viel, daß er sich ernähren kann. Er besitzt die Mittel, wovon andere sich auch noch ernähren sollen. Er hat als Besitzer des Grund und Bodens eine doppelte Pflicht, dafür zu sorgen, daß wir nicht wirtschaftlich zusammenbrechen. Er kann sich auch dann noch ernähren. Es ist darum wohl angebracht, auch Herrn Abg. Fröhle daran zu erinnern, daß auch in seiner Gegend es Leute gegeben hat und ganz angesehene Leute — der Vorsitzende des südoldenburgischen Landbundes hat meines Wissens auch davon gesprochen, es dürfe nicht mehr abgeliefert werden, der Sohn des früheren ehrenwerten Abgeordneten Meyer (Holte) hat auch erklärt, es dürfe nicht mehr abgeliefert werden, wenn nicht mit der Zwangswirtschaft ein Ende gemacht würde. Ich bin erfreut über die Korrektur dieser Erklärung, die Herr Fröhle vorgenommen hat. Und ich wünschte nur, daß die Korrektur auch echt ist und beachtet wird. Das ist im politischen Leben immer so: hyperradikale Bewegungen schießen über das Ziel hinaus. Die ehrlichen Führer werden von Demagogen unterdrückt. Aber Herr Hollmann sowohl wie Herr Fröhle sind nicht imstande, dies radikale Treiben von rechts einzudämmen. Wenn sie es ehrlich meinen mit ihrer Ablehnung des agrarischen Terrors, so freut es mich. Aber dann müssen sie von diesen Elementen abrücken mit aller Deutlichkeit.

Meine Damen und Herren! Ich bin der festen Ueberzeugung, wenn das Programm, das der Herr Ministerpräsident als Regierungsprogramm vorgetragen hat, durchgeführt wird, daß wir dann in ordnungsmäßiger Weise in die freie Wirtschaft wieder hineinkommen können. Aber Pflicht ist es nicht nur der städtischen Bevölkerung, sich nach der Decke zu strecken, sondern Pflicht der Landbevölkerung ist es, zu produzieren, so viel sie produzieren können und auch die Schieber und Schleichhändler zurückzuweisen. So lange das nicht geschieht sind auch die Einrichtungen, die gemacht werden, für die Katze. Die schärfsten Strafen

Landesbibliothek Oldenburg

nützen nicht, wenn die Verbrecher nicht gefaßt werden. Die Nürnberger haben noch keinen gehängt, wenn sie ihn nicht vorher hatten. Und man braucht nicht die Hoffnung allein auf das Strafgesetz zu stellen, sondern die Hoffnung muß man darauf stellen, daß die Bevölkerung auf dem Lande auf dem Standpunkte kommt, auch die wucherischen Anerbietungen, die Schieber und Schleichhändler, zurückzuweisen.

Präsident: Herr Abg. Baumüller hat das Wort.

Abg. **Baumüller:** Meine Damen und Herren! Sie haben bereits eine Reihe von Stunden dazu verwandt, die Lebensmittelfrage aufzurollen. Ich muß hier betonen und als einen erfreulichen Fortschritt bezeichnen, daß nicht nur eine fruchtlose Kritik geübt wurde, sondern auch Wege gezeigt wurden, wie aus der Lebensmittelnot herauszukommen ist. Und da ist der Vorschlag, der von der Regierung gemacht wurde, die Landlieferung, als geeignetes Mittel als Anfang des Abbaus der Zwangswirtschaft zu bezeichnen. Ich habe diesen Vorschlag bereits im November in der Oeffentlichkeit betont. Ich wurde damals teilweise bekämpft. Die Zwangswirtschaft, soweit sie als solche besteht, ist nicht das Produkt unserer Partei, sondern sie ist geboren aus dem Geiste preußisch militaristischer Auffassung heraus. Wir sind nicht diejenigen, die die Zwangswirtschaft eingeführt und unterstützt haben, sondern sie ist eingeführt worden von den alten Regierungskreisen in der einigen Auffassung, daß man mit der nötigen Organisation das herausholen muß, was man nötig hat, wenn man abgeschnitten ist von allen anderen Zufuhren. Wir standen von vornherein auf dem Standpunkte, daß die Landlieferung das gegebene Mittel ist, um die Nahrungsmittelnot zu heben. Und aus dieser Erkenntnis heraus habe ich seinerzeit auch den Vorschlag gemacht, daß man durch freiwillige Umlagen die Lebensmittel herbeischaffen muß und zwar insofern, daß man feststellt, wie viel in den einzelnen Bezirken gebaut werden kann, daß man einen Unterschied macht zwischen guten und schlechten Böden und auf Grund dieser freiwilligen Feststellung dazu übergeht, das, was als vorhanden festgestellt ist, abzuliefern. Aber ein Rest muß frei bleiben, damit die Beweglichkeit des Besitzers und Erzeugers nicht gehemmt wird und die Produktionsfreudigkeit nicht leidet. Das wurde nicht anerkannt, man ging zur Tagesordnung über, indem man glaubte, man müsse die Dinge laufen lassen, wie sie laufen. Ganz einverstanden mit den Vorschlägen des Herrn Regierungsvertreters bin ich nicht. Wenn eine Landlieferung eingeführt wird, muß auch festgestellt werden, wie viel vor dem Krieg in den einzelnen Distrikten aus dem Boden herausgeholt werden konnte. Natürlich kann schwerer Boden das doppelte Quantum liefern im Gegensatz zum leichten Boden. Man kann ja nicht ohne weiteres ein Schema schaffen und das gleiche Quantum verlangen abzuliefern von beiden Bodenarten. Nach Feststellung der Ernte muß dann auch die Ablieferung nach Abzug eines Teilquantums zum Verbrauch für den Erzeuger durchgeführt werden. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Behörde in erster Linie, vor allen Dingen, wenn sie etwas verspricht, dies auch halten muß. Z. B. bei den Kartoffeln wurde von der Regierung versprochen, die Erzeuger können 1/5 der Ernte für sich behalten. Nachträglich wurde dies zurückgenommen, und das Vertrauen der Landbevölkerung wurde getäuscht.

Dann habe ich noch eins. Die Zwangsbewirtschaftung als solche ist durchaus nicht das Hindernis, was die Produktion gehemmt hat, sondern die Zwangswirtschaft ist, wenn sie auf reeller Basis durchgeführt würde, ganz gut annehmbar. Aber die verkehrte Preispolitik hat uns dem Ruin entgegengeführt. Hätte man Rücksicht genommen auf die Erzeugungskosten, dann hätte die öffentliche Bewirtschaftung tadellos funktioniert. Aber durch das Zerreißen dieser ganzen Kette der Zwangswirtschaft mußte natürlich das Ganze ins Gleiten kommen. Man kann natürlich nicht ein System, was aufgebaut ist auf alle Produkte, die zur Ernährung nötig sind, willkürlich ändern und einzelne Glieder aus dem Kreis herauslösen ohne Gefahr zu laufen, daß Hemmungen sich entwickeln. Entweder nur freie Handelspreise oder nur festgelegte Preise für alle Lebens- und Bedarfsartikel. Die heutige Wirtschaft hat zur Folge, daß man die hohen Preise der freigewordenen Nahrungsmittel auch für die nicht freigegebenen zu erlangen sucht, oder es werden nur die freien Produkte angebaut. Wenn man z. B. in Betracht zieht, daß zur Erzeugung der Kartoffeln alle Bedarfsartikel wie Kunstdünger usw. um 60 Prozent gestiegen sind, dann kommt man vielleicht zu der Annahme, da wäre ja ein Ausgleich bei dem festgesetzten Preis geschaffen. Aber dabei bleibt es ja nicht. Ich habe eine Steigerung von 60 Prozent der Kunstdüngemittel und auch noch eine Steigerung der Löhne um 100—150 Prozent. Wenn ich auch selbst keine fremden Personen beschäftige, dann muß ich doch auch selbst leben, und meine Familie muß leben. Dann komme ich auf Hunderte Prozent und komme nicht auf meine Kosten.

Dann möchte ich noch ein anderes betonen. Es wurde seinerzeit bei der genannten Demonstration seitens des Herrn Ministerpräsidenten ausgeführt: Die kleinen Betriebe, die nur 2 bis 3 Kühe haben, das sind gerade diejenigen, die die Ablieferungspflicht sabotieren. Ich möchte auf einen Umstand hinweisen. Auch vor dem Kriege waren die kleinen Betriebe nicht in der Lage, abzuliefern. Wenn sie zwei bis drei Kühe haben, dann haben sie meistens 5 bis 6 Kinder und haben auch vor dem Kriege nichts abliefern können, und sie haben auch schlechten Boden im Besitz. Das, was sie notwendig brauchten, um ihre Ausgaben zu decken, haben sie durch Nebenarbeit erworben, durch Fuhrwerksdienste und derartige Beschäftigung. Da darf man doch nicht die als die Schuldigen hinstellen. Das war eine falsche Darstellung. Man sucht den Unwillen der großen Masse gerade auf diese Betriebe hinüberzulenken. Ich habe das Empfinden, daß das eine schiefe Darstellung der Tatsachen war.

Dann möchte ich noch eins erwähnen, daß diese kleinen Betriebe auch nicht im Genuß der hohen Zuchtviehpreise als Ausgleichspreis kamen. Wenn dann die Preispolitik eine verkehrte ist, wirkt das um so schwerer, so daß man diesen Betrieben nicht den Vorwurf machen kann, daß sie sich der Ablieferungspflicht entzogen haben.

Dann bezüglich der Landlieferung im Sinne des Siedlungsgesetzes. Der Landbesitzerverein läuft Sturm gegen das Siedlungsgesetz, er kennt keine Verpflichtung gegen die Landlosen und die übrigen Volksteile. Die

Landesbibliothek Oldenburg

soziale Pflicht, Land für Siedler zum annehmbaren Preis freizugeben kennt er nicht und bezeichnet die soziale Verpflichtung als eine Vergewaltigung des Besitzers. Denn wenn er in seinem Programm sagt, daß die Bodenpreise zu den heutigen Werten, wie die Kolonisten abgegeben werden müssen und die Differenz zwischen dem Ertragswert und dem heutigen Spekulationswert die Allgemeinheit tragen soll, dann verstehe ich nicht, wie die Herren sich diese Rechnung aufzumachen gedenken. Wie wäre das möglich, wo das Reich sich in einer solchen Finanznot befindet? Das würde für das Amt Friesoythe mindestens eine Ausgabe von 10 Millionen Mark sein und mit den übrigen Bezirken 50 bis 60 Millionen Mark. Also wenn man den Willen hat, dem Reichssiedelungsgesetz gerecht zu werden, dann muß man derartige Forderungen weit von sich weisen. Das ist natürlich keine Politik, um eine Versöhnung herbeizuführen, sondern das ist eine Politik, die man geradezu als das Gegenteil bezeichnen muß. Also derartige Programmpunkte muß man als vernünftiger Mensch ganz entschieden verurteilen, wenn man ernst genommen werden will. (Abg. Dannemann: Steht ja gar nicht drin!)

Präsident: M. H.! Es liegt ein Antrag auf Schluß der Debatte vor von Herrn Abg. Schulze. Wird der Antrag unterstützt? (Zustimmung.) Der Antrag wird genügend unterstützt. Ueber einen solchen Antrag ist ohne vorherige Debatte abzustimmen. Die Debatte wird wieder eröffnet. Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident **Tantzen:** Ich muß absolut eine in der Presse falsch dargestellte Auffassung zurückweisen, die Herr Abg. Baumüller wiederholt hat. Herr Baumüller hat gesagt, ich hätte gesagt, die Butterschiebungen fänden ihre Ursache bei den kleinen Besitzern, denn die Betriebe von 2—3 Kühen brächten diese Butter auf den Markt. Wie liegen die Dinge? Ich habe gesagt, es erscheint unerlaubt Butter im Handel und auf dem Markt. Und woher kommt die? Sie kommt im wesentlichen aus den kleineren Betrieben und nicht aus den größeren. Weshalb kommt sie daher? Einmal, weil die kleineren Betriebe ohne Aufsicht sind durch ihre Gehilfen und deshalb, wenn nur die Familie arbeitet, leichter geneigt sind, die Bestimmungen zu übertreten, und dann auch, weil sie auf solchem Boden arbeiten, wie Herr Abg. Baumüller mit Recht sagt, die mit den bestehenden Butterpreisen am wenigsten auskommen können. Ich habe konstatiert, daß die Butter aus den kleineren Betrieben kommt und nicht aus den größeren. Und das halte ich aufrecht, denn es stimmt.

Präsident: M. H.! Nach der Geschäftsordnung geht die Debatte wieder weiter, wenn der Regierungsvertreter das Wort erhält. Herr Abg. Feigel stellt von neuem den Antrag auf Schluß der Beratung. Zum Wort haben sich noch gemeldet die Abgeordneten Schmidt (Bockhorn), Jordan und Enneking. Wird der Antrag auf Schluß der Debatte unterstützt? Er wird unterstützt. Dann bitte ich die Herren, die den Antrag auf Schluß der Debatte annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Das ist die Mehrheit. Damit ist der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Es hat zunächst das Wort zu einer persönlichen Bemerkung Herr Abg. Schmidt (Bockhorn).

Abg. **Schmidt:** M. H.! Ich bedaure außerordentlich, daß die Herren der Rechtssozialisten sich dazu hergeben, den Schluß der Debatte zu beantragen, wo ich in allerschwerster Form vom Herrn Ministerpräsidenten angegriffen und bedroht worden bin. Es muß mir wenigstens Gelegenheit gegeben sein, mich zu verteidigen. Ich konstatiere, daß der Herr Ministerpräsident in seinen ganzen Ausführungen sich leiten lassen hat von einem Haß gegen mich und meine Partei, den ich unverständlich finde und vor allen Dingen als unvornehm brandmarken muß. (Abg. Seidenburg: Sehr richtig!) Wenn der Herr Ministerpräsident sagt, ich dürfe mich nicht beklagen, wenn man Gewalt gegen mich und meine Partei anwendet, dann fordert das doch heraus, daß vielleicht ähnliche Fälle entstehen, wie man sie in anderen Orten gehabt hat. Es kann sein, daß in der Partei des Herrn Ministerpräsidenten sich ein Helote findet, der Gewalt wirklich anwendet und eine Schießerei veranstaltet, wie sie mein Parteifreund Haase in Berlin gekostet hat. Dann haben Sie kein Recht, als Leidtragender hinter meinem Sarge herzugehen. Denn der politische Mord würde auf Sie selbst als den intellektuellen Urheber zurückfallen.

Präsident: Herr Abg. Dannemann hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abg. **Dannemann:** Ich bedaure auch sehr, daß der Schluß der Debatte angenommen ist, namentlich weil Herr Abg. Hug eine Reihe Ausführungen gemacht hat, die ich nicht unwidersprochen lassen kann. Ich bin infolgedessen gezwungen, nur auf das einzugehen, was Herr Hug gegen meine Person gesagt hat, daß er mir niedrige Rachsucht unterschoben hat. Weiter hat er von Rachengel gesprochen.

Präsident: Herr Abg. Dannemann, ich muß Sie unterbrechen. Herr Hug hat das nicht gesagt, sonst würde ich ihn sofort zur Ordnung gerufen haben. Er hat gesagt, der Brief wäre von einer niedrigen Rachsucht diktiert gewesen.

Abg. **Dannemann:** Dann habe ich das falsch aufgefaßt. Das eine möchte ich noch sagen. Ich habe mich wohl erkundigt, ob das, was in dem Brief geschrieben ist, richtig ist oder nicht. Infolgedessen habe ich geglaubt, das auch erwähnen zu dürfen. Die Richtigkeit ist mir soeben hier im Hause bestätigt.

Präsident: Die Debatte wird wieder eröffnet. Herr Abg. Feigel hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. **Feigel:** Meine Damen und Herren! Ich möchte als Vorsitzender des Finanzausschusses auch im Namen desselben die Erklärung abgeben, daß es uns nicht gelingen wird, den Etat vor Weihnachten unter Dach und Fach zu bringen, also das Finanzgesetz zu stande zu bringen. Ich glaube, daß dem Finanzausschuß in dieser Hinsicht kein Vorwurf treffen kann. Er hat mit Intensivität sich an die Vorberatung des Etats gemacht und seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan. Es war aber nicht möglich, da die Arbeit eine zu lange dauernde ist und der Landtag in diesem Jahre 14 Tage später zusammenberufen ist, als das seit Jahrzehnten Gebrauch war. Ich bedauere, daß eine Erledigung des Etats nicht möglich war, weil dadurch gewisse Weitläufigkeiten auch für die Staatsregierung entstehen.

Landesbibliothek Oldenburg

Präsident: Herr Feigel, ich glaube die Ausführungen gehören nicht zu diesem Punkte der Tagesordnung. Die Beratung ist geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung, und zwar schlage ich folgende Reihenfolge vor. Es handelt sich in der Hauptsache um den dringlichen Antrag Schmidt (Bockhornerfeld). Zu demselben sind zwei Verbesserungsanträge gestellt, und zwar ein Verbesserungsantrag von Herrn Abg. Lohse und ein zweiter Verbesserungsantrag als Zusatzantrag von Herrn Abg. Schmidt (Zetel). Herr Abg. Schmidt (Bockhorn) hat sodann den Antrag Lohse zu seinem eigenen gemacht und an die Stelle der Ziffer 1 in seinen Antrag gesetzt. Ich halte nun für richtig, über den Antrag Schmidt (Bockhornerfeld) unter Ersetzung der Ziffer 1 durch den Verbesserungsantrag Lohse abstimmen zu lassen und sodann in zweiter Linie abstimmen zu lassen über den Zusatzantrag des Herrn Abg. Schmidt (Zetel) und dann weiter über die Punkte 9 und 10. Widerspruch erfolgt nicht, dann ist der Landtag mit dieser Reihenfolge einverstanden. Ich bitte nun die Abgeordneten, die für den Antrag Schmidt (Bockhornerfeld) unter Ersetzung der Ziffer 1 durch den Verbesserungsantrag Lohse — ich nehme an, daß ich die Anträge nicht mehr zu verlesen brauche — stimmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Das ist die Mehrheit. Es kommt sodann zur Abstimmung der Zusatzantrag des Herrn Abg. Schmidt (Zetel), den ich wohl verlesen muß, weil er vielleicht nicht mehr im Gedächtnis ist:

> Verbesserungsantrag als Zusatzantrag zum dringlichen Antrag des Abg. Schmidt (Bockhornerfeld). Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen:
>
> 1. entsprechend der Erklärung des Ministerpräsidenten und unter Zustimmung zu dem Wirtschaftsplan der Staatsregierung beim Reichsministerium, im Reichsrat und bei allen mitwirkenden Reichsbehörden dafür einzutreten, daß an diesem Plan sich eng anschließend Bestimmungen für die Bewirtschaftung von Bodenerzeugnissen für das Wirtschaftsjahr 1920/21 schleunigst aufgestellt und bekannt gegeben werden;
> 2. die reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen über Lieferpflicht, Preisbildung und Versorgungsregelung mit allem Nachdruck zur Durchführung zu bringen;
> 3. mit allen gesetzlichen Mitteln auf das schärfste gegen alle Personen vorzugehen, welche Wucher und unerlaubten gewerbsmäßigen Handel mit solchen Nahrungsmitteln und Verbrauchsgegenständen betreiben, die der Bewirtschaftung unterliegen und im freien Handel nicht angeboten werden dürfen.

Ich bitte die Abgeordneten, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Es ist auch die Mehrheit. Es folgt sodann noch die Abstimmung über den Antrag des Eisenbahnausschusses zum 10. Punkt der Tagesordnung,

Bericht über die Eingabe des Landesausschusses zur Bekämpfung der Zwangswirtschaft vom 2. Sept. 1919.

Der Ausschuß beantragt:

> Der Landtag wolle über die Eingabe des Landesausschusses zur Bekämpfung der Zwangswirtschaft zur Tagesordnung übergehen.

Ich bitte die Abgeordneten, die diesen Ausschußantrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen. Und endlich der Antrag zu dem 9. Gegenstand der Tagesordnung,

Bericht über die Eingabe des Wirtschaftsbundes für Handel und Gewerbe in Rüstringen vom 4. November 1919, betreffend Viehaufbringung und Verstärkung des Viehbestandes durch verstärkte Einfuhr von Futtermitteln.

Der Ausschuß beantragt:

> Der Landtag wolle die vorgenannte Eingabe der Regierung als Material überweisen.

Ich bitte die Abgeordneten, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Ich habe zunächst noch mitzuteilen, was mir im Anfang entgangen ist, daß noch ein weiterer selbständiger Antrag des Herrn Abg. Schmidt (Bockhornerfeld) vorliegt, dahin lautend:

> Der Landtag wolle beschließen, daß die allgemeine Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise auf die Arbeiterwochenkarten nicht ausgedehnt wird und, soweit dies bereits geschehen, wieder ermäßigt wird.

Soll der Antrag in Betracht gezogen werden? (Zuruf: Nein, heute nicht.) In Betracht gezogen werden? (Zustimmung.) Der Antrag soll in Betracht gezogen werden. Dann schlage ich vor, daß er dem Eisenbahnausschuß überwiesen wird. Der Landtag ist einverstanden.

Nun hat Herr Abg. Feigel mitgeteilt, daß der Finanzausschuß mit der Beratung der Landeskassenvorschläge vor Weihnachten nicht fertig werden würde. Ich nehme an, daß Herr Feigel diese Mitteilung gemacht hat, um heute Klarheit darüber zu schaffen, wann der Landtag sich vertagen will. (Abg. Feigel: Sehr richtig!) Wenn das der Fall ist — Herr Feigel bestätigt das — dann möchte ich Ihnen vorschlagen, daß die Vertagung für nächsten Freitag in Aussicht genommen wird, heute in acht Tagen. (Zuruf: Einverstanden.) Dann handelt es sich darum, bis wann. Und da die Voranschläge bis Weihnachten nicht erledigt werden können, scheint mir richtig zu sein, möglichst bald wieder zusammen zu kommen. Anfang Januar? Mitte Januar? Zur Geschäftsordnung Herr Abg. Feigel.

Abg. **Feigel:** Ich stimme den Ausführungen des Herrn Präsidenten zu und bin der Meinung, daß es richtig ist, den Wiederbeginn der neuen Tagung möglichst rasch anzusetzen. Ich möchte vorschlagen, Dienstag den 13. oder Dienstag den 20. Januar. Kommen wir später zusammen, dann verlängert sich die Tagung zu weit in das Frühjahr hinein.

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident **Tantzen:** M. H.! Als ich heute morgen erfuhr, daß der Finanzausschuß mit seinen Bera-

Landesbibliothek Oldenburg

tungen über den Etat nicht vor Weihnachten zu Ende komme, habe ich Gelegenheit genommen, im Staatsministerium die Angelegenheit zur Sprache zu bringen, besonders mit Rücksicht darauf, ob daraus vielleicht das Ergebnis entspringen würde, daß der Landtag schon Anfang Januar oder Mitte Januar wieder zusammenkommen würde. Wie ich jetzt höre, wird das die Folge sein. Ich darf im Auftrage der Staatsregierung Ihnen sagen, daß das die Geschäfte, die die Staatsregierung zu erledigen hat, außerordentlich erschwert. Die Geschäfte aber, die im Ministerium im Januar zu erledigen sind, sind so außerordentlich wichtig und umfangreich, daß ich Sie bitten muß, zu überlegen, ob Sie nicht richtiger handeln, die Vertagung etwas länger dauern zu lassen. Denn mit dieser längeren Vertagung kommen Sie nicht in den Sommer hinein, sondern je eher Sie anfangen, desto länger dauert die Sache, und zwar aus folgenden Gründen. Die Arbeiten, die wir im Januar bis Mitte Februar erledigen müssen, sind Steuerangelegenheiten. Wenn wir aber zu dieser Arbeit keine Ruhe und Zeit haben, werden wir sie Ihnen erst Mitte Februar oder Anfang März vorlegen können. Daher glaube ich nicht, daß Sie das, was Sie erreichen wollen, eher fertig zu werden, erreichen, wenn Sie eher anfangen. Wenn Sie Rücksicht nehmen wollen auf die Arbeiten, die im Ministerium zu erledigen sind — ich darf dies selbstverständlich nur als eine Bitte vortragen —, so habe ich Sie zu bitten, nicht vor Anfang Februar wieder zu beginnen. Denn für die Fertigstellung des Etats, nachdem er nun vor Weihnachten nicht erledigt wird, ist es völlig gleich, ob er Mitte Januar oder Anfang Februar erledigt wird.

Präsident: Meine Dame und meine Herren! Das Staatsministerium bittet darum, etwas länger zu warten. Dann bitte ich um Vorschläge.

Abg. **Feigel:** Den 13. oder 20. Januar habe ich vorgeschlagen. Ich schlage jetzt den 20. vor.

Präsident: Herr Abg. Feigel hat vorgeschlagen, daß der Landtag sich vom 19. Dezember bis 20. Januar vertagen möge. Herr Abg. Stukenberg hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. **Stukenberg:** Ich glaube doch, daß das, was der Herr Ministerpräsident sagte, beachtet werden muß. Ich schlage den 27. Januar vor.

Präsident: Es ist der 27. Januar jetzt vorgeschlagen worden. Das Wort wird nicht weiter gewünscht. Der letztere Vorschlag entfernt sich von dem ersten. Wir stimmen also zuerst über den letzten ab. Ich bitte die Abgeordneten, die dafür sind, daß die Vertagung vom 19. Dezember bis 27. Januar laufen soll, sich zu erheben. — Geschieht. — Das ist die Mehrheit. Der Landtag hat beschlossen, sich vom 19. Dezember bis 27. Januar zu vertagen.

Ich habe nun angenommen, als vorhin Schluß der Debatte beantragt wurde und die Abstimmung stattgefunden hat, daß der Landtag jetzt seine Sitzung schließen will. Wir werden soviel Stoff haben, daß wir nächste Woche noch wieder zusammenkommen können. Widerspruch erfolgt nicht. Dann schließe ich hiermit die Sitzung.

(Schluß 2 Uhr 25 Min.)

Landesbibliothek Oldenburg